

Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2018–2022

33. Sitzung vom 15. Dezember 2021, 19.00 Uhr

Zurich International School, Eichenweg 2, 8134 Adliswil

Anwesend	Simon Schanz	Präsident
	Sait Acar	Urs Künzler
	Harry Baldegger	Erwin Lauper
	Ann-Kathrin Biagioli	Wolfgang Liedtke
	Angela Broggini	Gabriel Mäder
	Reto Buchmann	Heinz Melliger
	Vera Buchmann	Kannathasan Muthuthamby
	Hanspeter Clesle	Marianne Oswald
	Bernie Corrodi	Martin Rüttimann
	Daniela Eggenberger	Patrick Sager
	Pascal Engel	Daniel Schneider
	Xhelajdin Etemi	Mario Senn
	Daniel Frei	Angelika Sulser
	Hedwig Habersaat	Christian Titus
	Sebastian Huber	Urs Weyermann
	Thomas Iseli	Katharina Willimann
	Renato Jacomet	Walter Uebersax
	Florian Kälin	Esen Yilmaz
Abwesend	Silvia Helbling	
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Marion Gass	
Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung
	Karin Fein	Finanzen
	Renato Günthardt	Soziales

	Felix Keller	Bau und Planung
	Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe
	Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte
Abwesend	Susy Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport
Stadtschreiber	Thomas Winkelmann	

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Ausserordentliche Fragestunde

3. Finanz- und Aufgabenplan 2021-2025 (GGR-Nr. 2021-283)

Aussprache und Kenntnisnahme

4. Budget 2022 (GGR-Nr. 2021-284)

Antrag des Stadtrats vom 21. September 2021 und geänderter Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 6. Dezember 2021

Eröffnung der Sitzung

Ratspräsident Simon Schanz

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 33. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2018–2022.

Die Sitzung ist eröffnet.

Gibt es aus Ihren Reihen Änderungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

Aufgrund der aktuellen Lage bitte ich Sie, die Maske auch wieder an ihren Sitzplätzen zu tragen. Also immer, ausser Sie halten ein Votum.

1. Mitteilungen

Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegt je eine Entschuldigung des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats vor.

Weihnachten

Wie Ihr vermutlich schon bemerkt habt, haben wir Euch ein kleines Weihnachtsgeschenk auf dem Tisch deponiert. Die Haselnussguetzli werden von einem kleinen Familienbetrieb im Piemont hergestellt. Das Piemont ist nicht nur für den Wein, sondern auch für die ausgezeichnete Qualität der angebauten Haselnüsse bekannt.

Die Weihnachtstürischoggi der Schokoladenmanufaktur Taucherli aus Adliswil ist eine dunkle Schokoladentafel mit Glühweingewürz. Dieses Kleinunternehmen geht im hart umkämpften Schokoladenmarkt unkonventionelle Wege. Taucherli ist bis jetzt die einzige Schokoladenmanufaktur in der Schweiz, deren Bean to bar Schokoladen regelmässig durch die internationale renommierte Academy of Chocolate mit Gold, Silber oder Bronze ausgezeichnet wurden.

Zuweisung von Vorlagen

An die Rechnungsprüfungskommission:

- Vorlage GGR-Nr. 2021-302; Privater Gestaltungsplan Isengrundstrasse

Fraktionserklärung

Xhelajdin Etemi (SP) zum Thema "Privater Gestaltungsplan Isengrundstrasse"

Ich bedanke mich beim Stadtrat für den schönen Weihnachtsbaum auf dem Bruggenplatz. Durch eine längere Lichterkette und durch den schönen Baumschmuck, der von Kindern gebastelt wurde, war der Baum dieses Jahr aufgewertet. Das wäre ein schöner Auftakt für eine Begrünung dieses Platzes.

Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadträtin Carmen Marty Fässler zum Thema "Wein-Geschenk"

Neuer Wein aus Trauben der pilzwiderstandsfähigen Rebsorte Divona und dadurch nur noch mit einem minimalen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Mit der neuen Etikette "Laudatio an die Nützlinge", Name: Adliswiler – in den kommenden Tagen zum Geniessen gedacht, mit den besten Wünschen für die Adventszeit, Weihnachtsfeiertage.

Stadträtin Carmen Marty Fässler zum Thema "Fussgänger- und Veloverkehrskonzept"

Im Mai 2020 hat der Stadtrat beschlossen, ein Fuss- und Veloverkehrskonzept zu erarbeiten. Ziele waren dabei insbesondere die Schaffung einer besser vernetzten Fuss- und Veloinfrastruktur sowie die Förderung von sicherem und attraktivem Velofahren.

Der Konzeptbericht enthält eine umfassende Auslegeordnung, Grundlagen und Rahmenbedingungen. Mit einem Workshop und Arbeiten in einer stadtinternen Arbeitsgruppe (für die Innenansicht), Begehungen (für die Aussenansicht) und einer Befragung der Interessensgruppen (z.B. bei den Ortsparteien, Kanton ZH) sowie mit bilateralen Abklärungen mit den Nachbargemeinden wurde das Fuss- und Veloverkehrskonzept entwickelt und sind Umsetzungsschwerpunkte verdichtet worden. Basierend darauf wurden dann neue resp. zusätzliche Verbindungen zu Netzplänen für den Fuss- und Veloverkehr entwickelt. Die Netzpläne kann man sich vereinfacht wie ein Netz oder auch Raster vorstellen, was über die Stadt Adliswil geworfen wird. Das Fuss- und Veloverkehrskonzept dient den Behörden und der Verwaltung als Arbeitsgrundlage und Entscheidungshilfe. Es bildet die Grundlage für die anstehende Revision der kommunalen, behördenverbindlichen Teilrichtpläne.

Die Umsetzungsschwerpunkte aus dem Konzept sollen mit geplanten Instandsetzungsprojekten, Entwicklungsgebieten verknüpft und so effizient umgesetzt werden. So können beispielsweise notwendige Wegverbindungen in neuen Quartieren oder Entwicklungsgebieten mitgedacht und umgesetzt werden. Doch nicht nur die Ergänzung der Wegverbindungen, sondern auch die Verbesserung von bestehenden Verbindungen mit Instandsetzungsprojekten wurde berücksichtigt. Diese Standorte werden dann mit der Projektierung von Projekten detaillierter angeschaut und konkrete Lösungen gesucht. Die dafür notwendigen Grundsätze und Standards sind auch im Fuss- und Veloverkehrskonzept festgehalten, die dann in den Richtlinien des Ressorts Werkbetriebe ergänzt werden.

Mit den Umsetzungsschwerpunkten können beispielsweise systematisch Orte für Markierungen und Signalisationen mitgedacht werden. Beispiel ist der Tüfisteg, mit dem Neubau der Brücke wurde eine grüne Markierung zum Schutz der Fussgänger angebracht, um die Trennung für Fuss- und Veloverkehr zu signalisieren, welche gut funktioniert. Ab morgen sollen der Konzeptbericht sowie die Netzpläne des Fuss- und Veloverkehrskonzepts auf der Homepage der Stadt Adliswil eingesehen werden können.

Stadtpräsident Farid Zeroual zum Thema "Inkraftsetzung der totalrevidierten Gemeindeordnung"

Die Stimmberechtigten der Stadt Adliswil haben anlässlich der Urnenabstimmung vom 26. September 2021 die Totalrevision der Gemeindeordnung der Stadt Adliswil beschlossen. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat die Gemeindeordnung an seiner Sitzung vom 24. November 2021 mit dem Beschluss RRB Nr. 1326/2021 vorbehaltlos genehmigt. Gemäss § 173 des Gemeindegesetzes des Kantons Zürich, welches am 1. Januar 2018 in Kraft getreten ist, haben die Gemeinden die notwendige Anpassung ihres Rechts innert vier Jahren vorzunehmen. Gemäss Art. 70 der totalrevidierten Gemeindeordnung bestimmt der Stadtrat das Datum des Inkrafttretens der Gemeindeordnung. Die totalrevidierte Gemeindeordnung der Stadt Adliswil in der Version vom 26. September wird deshalb auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt werden. Die bis dahin geltende Gemeindeordnung wird auf diesen Zeitpunkt aufgehoben.

Stadtpräsident Farid Zeroual zum Thema "Neujahrs-Apéro"

Ein für Adliswil erfolgreiches Jahr neigt sich dem Ende zu – wir konnten zahlreiche Vorhaben wie geplant abschliessen – denken wir nur an die vielen beendeten Bauprojekte, wie die Erneuerung des Hallenbads, die Erweiterung des Stadthauses, an die erneuerte und erweiterte Schule Sonnenberg, an den neuen Kindergarten Werd oder an die Eröffnung des Busbahnhofs letztes Wochenende.

Auf dieses erfolgreiche 2021 und auf ein gesundes und frohes 2022 hätten der Stadtrat und ich sehr gerne mit Ihnen am 9. Januar beim traditionellen Neujahrsapéro angestossen. Sie hören richtig – hätten. Denn leider müssen wir aufgrund der Covid-Situation diesen beliebten Anlass absagen. Üblicherweise treffen wir uns zum Neujahrsapéro, um in grösserer Gemeinschaft ungezwungen das neue Jahr willkommen zu heissen und um den Austausch zu geniessen. Das ist das Herz dieses Anlasses. In anderer Form, ob sitzend oder mit Einlassbeschränkungen und Masken, wäre es nicht mehr der Anlass, den so viele Adliswilerinnen und Adliswiler schätzen.

Es ist nun das zweite Mal, dass der Neujahrsapéro aufgrund des Coronavirus ausfallen muss. Es macht sich wieder eine Stimmung breit, die an diejenige im letzten Jahr erinnert. Und doch sind wir heute an einem anderen Punkt. Wir haben heute neue Mittel und Wege, um uns gegen die Pandemie zu stellen und um auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Trotzdem stehen uns noch einmal schwierige Wochen bevor und es ist nicht der Jahresabschluss, den wir uns alle erhofft haben.

Trotzdem oder gerade deshalb wünsche Ihnen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, dass Sie schöne und besinnliche Feiertage verbringen werden und mit viel Optimismus und Energie ins 2022 starten können.

Schliesslich haben wir hier in Adliswil ein spannendes Jahr vor uns.

Stadträtin Karin Fein zum Thema "Schuldenobergrenze"

Per 1. Januar 2022 wird unsere neue Gemeindeordnung in Kraft gesetzt. Darin enthalten ist neu eine Bestimmung zur Schuldenobergrenze unserer Stadt.

Art. 38 Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung und Schuldenobergrenze

¹ Die Erfolgsrechnung des Budgets ist mittelfristig auszugleichen. Der Stadtrat legt die Frist für den mittelfristigen Ausgleich fest, welche nicht mehr als zehn Jahre beträgt.

² Die langfristigen Schulden dürfen aktuell sowie im Budgetjahr maximal das Doppelte der ordentlichen Steuern Rechnungsjahr betragen.

³ Abweichung von einer der Vorschriften gemäss Absätzen 1 und 2 bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Grossen Gemeinderats bei der Schlussabstimmung zum Budget. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, gilt das Budget als zurückgewiesen.

Seit drei Jahren werde ich in allen Besprechungen mit der Rechnungsprüfungskommission darauf angesprochen, wie wir sparen können. Und meine Antwort war immer sehr klar. Seit meinem Amtsantritt hat der Stadtrat bei jeder Budgeterstellung in einer ersten Lesung eine Kürzung der von der Verwaltung beantragten Zahlen vorgenommen. Letztendlich bestimmt aber das Leistungsangebot der Stadt die Kosten.

Die Verwaltung der Stadt Adliswil arbeitet seit vielen Jahren nach den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Das funktioniert so, dass jeweils im Frühjahr/Sommer die Ziele und Leistungen anhand von Indikatoren gemessen und wieder neu festgelegt werden. Die Ressortleitenden und der Stadtrat legen dann mit dem Budget das Preisschild für die vereinbarten Leistungen fest. Das Budget zu korrigieren ginge also grundsätzlich vor allem über den bewussten Verzicht auf Leistungen. Ich kann mich nicht erinnern, dass in den vergangenen vier Jahren beim Erstellen der Leistungsziele und Indikatoren konkrete Leistungen benannt wurden, auf die man aus Kostengründen verzichten wollte. Und das hat wahrscheinlich auch einen guten Grund: Seien wir mal ehrlich, meine Damen und Herren. Es ist doch nicht der Steuerfuss, der den Standortvorteil unserer Stadt ausmacht – jedenfalls weder bei 100 noch bei 102 Prozenten. Vielmehr ist es die Nähe zu Zürich, zur Natur durch die Einbettung im Naherholungsgebiet Sihltal, eine gute Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz, ein gut genutztes Angebot an Kultur-, Sport- und Freizeitaktivitäten und, und, und.

Aber wenn Sie Leistungen hinterfragen möchten, dann ist es nicht zielführend, das Budget mit einem wahllosen Kürzungsantrag ohne Hinterfragen von gebundenen und freien Ausgaben im Stil einer Helmfrisur zu kürzen. Gerne komme ich später noch einmal auf das Thema zurück. An dieser Stelle scheint mir wichtig, ihnen zu sagen, dass mit dem Antrag der von der Rechnungsprüfungskommission zum Budget eingereicht wurde, allenfalls das Haushaltsgleichgewicht gerade noch eingehalten würde. Die Schuldenobergrenze aber, die wir ab dem 1. Januar 2022 in der Gemeindeordnung verankert haben, wäre mit einem budgetierten Steuerfuss von 100% für das Jahr 2022 zum ersten Mal verletzt.

Mitteilungen aus dem Rat

Katharina Willimann zum Thema "Bushof Adliswil"

Unser Busbahnhof wurde am Samstag nach zweijähriger Bauzeit von unserer Stadträtin Carmen Marty Fässler eingeweiht. Er wurde pünktlich zum Fahrplanwechsel fertig gestellt, bis auf ein paar kleinere Details. Z.B Beschriftungen, welche der Kälte wegen nicht gemacht werden konnten, da die Farbe nicht halten würde, ist so ein Detail. Im Frühling sind dann aber auch diese fertig.

Zum Projekt gehört zusätzlich eine Tiefgarage, welche 90 Parkplätze bietet und 24 Stunden geöffnet ist.

Das Projekt wurde aber auch von diversen Schwierigkeiten begleitet. Die Grösste war sicher Corona. Zum Schutz der Arbeiter musste unter sehr strengen Auflagen gearbeitet werden. Es mussten auch verkehrstechnische Anpassungen vorgenommen werden. Um den neuen Bahnhof auch behindertengerecht fertig zu stellen, mussten die Haltekanten von 16 auf 22 Zentimeter erhöht werden. Eine weitere Hürde waren sicherlich auch die Materiallieferungen, die Corona bedingt schwieriger waren.

Nur mit einem guten Team kann so ein Projekt erfolgreich zu Ende gebracht werden. Carmen Marty Fässler hatte lobende Worte für das ganze Team und die Zusammenarbeit. Herr Brühwiler von der B3 Brühwiler AG als Generalplaner hat mit seinen technischen und planerischen Erläuterungen mit Begeisterung an die Worte angeknüpft. Besonders erwähnt und erklärt hat Herr Brühwiler, dass nicht wie sonst üblich, die Planung nach Plänen ablief, sondern virtuell, was schweizweit ziemlich einzigartig ist. Diese Präsentation war ebenso eindrücklich wie spannend. Allen Herausforderungen zum Trotz wurde der Busbahnhof pünktlich fertig. Ab dem 12. Dezember 2021 können wir unseren Busbahnhof benutzen. Herzlichen Dank an alle Beteiligten und an Carmen Marty Fässler.

2. Ausserordentliche Fragestunde

Gemäss Art. 67 der Gescho GGR findet heute aufgrund des Traktandums 4 – Budget 2022 – eine ausserordentliche Fragestunde statt.

Erwin Lauper (SVP) zum Thema "Gebäude SwissRe im Soodring"

Seit einiger Zeit steht der Block der Swiss-Re am Soodring leer.

- Weiss der Stadtrat was die Planung des Investors zwecks Weiterverwendung ist?
- Steht der Stadtrat mit dem Investor überhaupt in Kontakt?
- Wen nein, ist der Stadtrat gewillt, mit dem Investor Kontakt aufzunehmen?

Stadtpräsident Farid Zeroual zur Beantwortung

- Weiss der Stadtrat was die Planung des Investors zwecks Weiterverwendung ist?

Die SwissRe und auch die aktuelle Eigentümerin der Liegenschaft am Soodring haben die Stadt Adliswil über den geplanten Wegzug im kommenden Jahr informiert.

- Steht der Stadtrat mit dem Investor überhaupt in Kontakt?

Ja, der Stadtrat steht sowohl mit der Eigentümerin der Liegenschaften als auch mit der aktuellen Mieterin SwissRe im Kontakt. Für den morgigen 16. Dezember war ein Treffen des Stadtpräsidenten und dem Stadtrat Felix Keller, Bau und Planung, mit der Eigentümerin vorgesehen. Dieses musste kurzfristig abgesagt und auf den kommenden Monat verschoben werden.

- Wen nein, ist der Stadtrat gewillt mit dem Investor Kontakt aufzunehmen?

Die Beantwortung dieser Frage erübrigt sich aufgrund der vorangegangenen Antwort. An dieser Stelle ist mir wichtig, nochmals festzuhalten, dass sich sämtliche Mitglieder des Stadtrats jederzeit für die Interessen der Stadt einsetzen und mit den ortsansässigen Firmen und Investoren den Kontakt halten.

Bernie Corrodi (FW) zum Thema "Beteiligungen an Gesellschaften, Organisationen"

Die Stadt Adliswil hat etliche Beteiligungen an Gesellschaften, sozialen Aktiengesellschaften und Organisationen, zum Beispiel bei der LAF 33,9%, SZU 3,2%, bei Saba 400'000 Franken und bei ARA oder an sozialen Aktiengesellschaften wie Spitex und Sihlsana. Diese Beteiligungen gehören neben den Liegenschaften und Grundstücken zum Tafelsilber.

Als Gemeinderat möchte ich vom Stadtrat gerne aus erster Hand über den Geschäftsverlauf informiert werden. Darum soll der Stadtrat künftig regelmässig einmal jährlich über den Geschäftsverlauf mit den wichtigsten Eckdaten der einzelnen Beteiligungen berichten, begleitet von einem kurzen, verständlichen Geschäftsbericht. Ja, ich weiss, man findet viele Zahlen in der Jahresrechnung der Stadt Adliswil, aber sie sind überall verteilt und erschliessen sich dem Steuerzahler nicht auf den ersten Blick.

- Wie viele Beteiligungen an privaten und öffentlich-rechtlichen Firmen und Institutionen hat die Stadt Adliswil?
- Wieviel kosten uns diese Beteiligungen an den einzelnen Gesellschaften und Organisationen seit dem Engagement der Stadt Adliswil?
- Wieviel Zins, Ertrag und Boni fliessen aus diesen Investitionen in die Stadtkasse zurück?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

Ich möchte alle Interessierten darauf hinweisen, dass im Anhang der Jahresrechnung jedes Jahr ein Beteiligungsspiegel publiziert wird, auf welchem oben erwähnte Fragen aufgeführt sind.

- Wie viele Beteiligungen an privaten und öffentlich-rechtlichen Firmen und Institutionen hat die Stadt Adliswil?

Die Stadt Adliswil ist wie folgt beteiligt:

Drei Aktiengesellschaften (SZU, LAF und Sihlsana AG), vier Genossenschaften (Baugenossenschaft., Hochetzel, Theater für den Kanton Zürich, Jugendwohnungen), ein Verein (Spitex), eine Stiftung (SABA), sieben Zweckverbände (ZPZ, ARA Sihltal, Abfallverwertung, Zivilschutz, SNH, Berufswahlschule, Sonderschulung)

- Wieviel kosten uns diese Beteiligungen an den einzelnen Gesellschaften und Organisationen seit dem Engagement der Stadt Adliswil?

Lediglich die Zweckverbände verursachen jährlich Kosten gemäss Kostenverteiler und Statuten von rund 2,7 Millionen Franken.

- Wieviel Zins, Ertrag und Boni fliessen aus diesen Investitionen in die Stadtkasse zurück?

Erträge erwirtschaftet die Stadt Adliswil einzig aus der Baugenossenschaft Adliswil (jährliche Kapitalverzinsung von 21'950 Franken).

Urs Weyermann (SVP) zum Thema "Bushof"

- Die Eröffnung des Busbahnhofs ist wunderbar, aber wo gibt es beim Bushof Toiletten?

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

Beim Bushof gibt es keine Toilette, welche öffentlich zugänglich ist. Wir werden weiterhin die Toiletten der SZU benützen müssen, beim Bahnhof der SZU.

Urs Weyermann (SVP)

Es fehlt auch eine Beschriftung zur Toilette beim Bahnhof.

Stadträtin Carmen Marty Fässler

Das ist richtig.

3. Finanz- und Aufgabenplan 2021-2025 (GGR-Nr. 2021-283)

Aussprache und Kenntnisnahme

Da bei diesem Geschäft kein Beschluss zu fällen ist, gibt es keine Eintretensdebatte und Detailberatung, sondern eine einfache Debatte.

Thomas Iseli (FDP), Präsident der Rechnungsprüfungskommission

Auf der Basis, dass die grossen Investitionen nun fast alle bewilligt sind, nach und nach getätigt werden und uns somit noch weiter beschäftigen werden, steht nicht weiter überraschend auch der diesjährige Finanzplan 2021-2025 in deren Zeichen. Insgesamt sind aber nur noch 93 Millionen Franken eingesetzt. Früher hatten wir noch 117 Millionen Franken eingestellt.

Die Grossprojekte Stadthausenerweiterung 6,6 Millionen Franken, mit Polizeiposten 4,9 Millionen Franken, das Schulhaus Sonnenberg 4,8 Millionen Franken, Schule Wilacker, Turnhalle und Kindergarten (in Planung) 10,5 Millionen Franken, Parkhaus Florastrasse mit Bushof 10,4 Millionen Franken und Hallenbad 12,3 Millionen Franken, vereinen alleine schon etwa 49,5 Millionen Franken, also schon über die Hälfte, in sich. Es muss bei neuen Investitionen genau hingeschaut werden und diese, wenn möglich, auf später verschoben werden.

Zum Kollaps der städtischen Finanzen, welchen man vor Jahren noch aus den damaligen Finanzplänen hatte lesen können, kommt es aber dennoch in keiner Weise. Wie bereits der letztjährige Finanzplan zeigte, ist die finanzielle Zukunft zwar nach wie vor herausfordernd, aber keineswegs besorgniserregend. In den letzten Jahren wurde sowohl im Stadtrat als auch im Gemeinderat gute Arbeit geleistet, um unsere Stadt bestmöglich auf die kommenden Jahre vorzubereiten. Doch statt uns selbst zu loben möchte ich heute vielmehr auf verschiedene Aspekte zu sprechen kommen, die unabhängig von unserer eigenen Leistung einen grossen Effekt auf den

Finanzplan haben bzw. haben werden und deren Verständnis entsprechend von grosser Wichtigkeit ist.

Die sogenannte "Ausschöpfungsquote" mit Bezug auf die Investitionen gilt weiterhin. Dabei geht man entsprechend von der Annahme aus, dass im Jahr nach dem Budget-Jahr die Investitionen nur zu 70% ausgeschöpft werden. Entsprechend belasten auch weniger Abschreibungen die laufende Rechnung. Die konkret gewählten 70% sind natürlich nur eine Schätzung, basierend auf der tatsächlichen Ausschöpfungsquote der letzten Jahre. Dies zeigte auch schon deutlich, dass die geplanten Investitionen 2021 nicht ausgeschöpft wurden und die restlichen auf das Jahr 2022 übertragen werden müssen. Für das Budget-Jahr ist die Anwendung einer Ausschöpfungsquote von weniger als 100% rechtlich nicht zulässig. Wir wissen also schon heute, dass wir im kommenden Jahr wohl weniger Investitionen tätigen werden als geplant und daher auch weniger Abschreibungen als budgetiert anfallen werden. Dennoch hilft diese Massnahme, ein wesentlich realistischeres Bild der finanziellen Zukunft unserer Stadt zu zeichnen. Der Finanzplan ist dadurch näher an der Realität als früher.

Durch Corona und den damit verbundenen Massnahmen wurden wir wohl alle überrascht und trotzdem zeigte es sich, dass Adliswil nur mässig aus der Bahn geworfen wurde. Die Entwicklung bei der Digitalisierung wird in der Verwaltung forciert, was wir sehr begrüssen und zu Einsparungen führen wird. Hier werden wir sehen was uns die Zukunft noch bringt. Im Bereich "Werkbetriebe" hoffen wir, dass nun auch diese geplanten Zahlen realitätsnäher sind als in Vorjahren. Im 2022 sind hier Investitionen von 18,5 Millionen Franken geplant, dies entspricht über 69% der geplanten Investitionen. Aufgrund von kaum realistischen Werten sollte der Steuerfuss nicht erhöht werden müssen, sondern wenn nötig der Selbstfinanzierungsgrad in Frage gestellt und erhöht werden.

Wir haben gehört, dass dieses Mal der Rotstift nicht gespitzt hervor genommen wurde, trotzdem sei realitätsnaher geplant und wo immer möglich, Investitionen zeitlich nach hinten geschoben worden. Wahrscheinlich genügen diese Anstrengungen noch nicht und es muss noch verstärkter gespart werden, damit die ganze Luft aus den Kosten gelassen wird, um einen stabilen Steuerfuss für die Zukunft zu garantieren.

Das "Harmonisierte Rechnungslegungsmodell II" und dessen Auswirkungen auf unsere Gemeindefinanzen kennen wir nun. Uns ist bewusst, dass sich die Auswirkungen daraus als rein buchhalterische Effekte in unseren Büchern zeigen. Die Abschreibungen auf Investitionen ins Verwaltungsvermögen werden nun realitätsnäher vorgenommen, nämlich linear über ihre geschätzte Lebensdauer. Trotzdem gilt es auch hier wieder zu berücksichtigen, dass mehrheitlich die geplanten Investitionen nie oder nur in den aller seltensten Fällen wirklich auch zur Ausführung gelangt sind, also dementsprechend die Abschreibungen kleiner als budgetiert ausfallen werden.

Steuereinnahmen aus den Steuerauscheidungen: Bekanntlich werden diese in der Regel von einer grossen juristischen Person stark beeinflusst, welche den Standort in Adliswil zu gewissen eher grossen Teilen zu verlassen gedenkt und auch schon verlassen hat. Wirft man einen Blick auf die Prognose der Steuerauscheidungen für die Jahre 2021 bis 2025, ist festzustellen, dass diese signifikant abnehmen. Gegeben des Zeitplans genannter juristischer Person zum Rückzug aus Adliswil sowie der in der Regel verzögerten Auszahlung der Steuerauscheidungen, scheint diese

Annahme doch eher konservativ. Etwas relativiert wird diese Beurteilung möglicherweise durch die Tatsache, dass die Höhe der Steuerauscheidungen dabei vom steuerbaren Gewinn der juristischen Person abhängt und dieser wiederum von exogen gegebenen Ereignissen sowie der Entwicklung an den Finanzmärkten. Die Entwicklung mit dem Zuwachs bei der Bevölkerung und dem Zuzug von besseren Steuerzahlern bei den natürlichen Personen ist grundsätzlich positiv, aber noch schwer abzuschätzen.

So sind in der heutigen Lage Prognosen wohl in der Tat nur sehr schwierig zu treffen. Wahrscheinlich stehen die Zeichen aber wohl besser, als es der Finanzplan am langen Ende andeutet. Die früheren Resultate der Abschlüsse untermauern diesen Aspekt doch auch ganz deutlich. Die neuen Wohnungen werden auch bessere Steuerzahler nach Adliswil locken und darum sollte die Zielsetzung beim Steuerfuss lauten, diesen so lange wie möglich konstant bei 100% beizubehalten. Hier setzt der Stadtrat aus unserer Sicht in der Planung beim Jahr 2022 ein schlechtes Zeichen, er will den Steuerfuss bereits jetzt erhöhen. Dies ist für uns in der momentanen Corona Situation nicht verständlich, man müsste zuerst wirklich alle vorhandene Luft rauslassen und den gespitzten Rotstift ansetzen, damit dann die Situation grundlegend beurteilt werden kann. Schliesslich befinden sich ja momentan noch 9 Millionen in der finanzpolitischen Reserve. Diese Planung sollte sicherlich im Sinne der Rechnungsprüfungskommission auch in den kommenden Jahren nochmals gründlich hinterfragt werden! Hier wäre eine grössere Reduktion der Reserve angezeigt und ein Beibehalten des Steuerfusses opportun. Ganz entscheidend sind hier auch die vorher angesprochenen Investitionen, denn diese beeinflussen den Selbstfinanzierungsgrad massiv.

Die finanzielle Gesamtsituation der Stadt Adliswil steht auf einem soliden Fundament. Das sinkende Investitionsvolumen kann daher von einer guten finanziellen Ausgangslage her in Angriff genommen werden. Dies hilft, bei der Beschaffung des Fremdkapitals und zusätzlich helfen die weiterhin extrem tiefen Zinsen, welche für ausgeliehenes Kapital verlangt werden.

Der Finanzplan 2021-2025, basierend auf den bewilligten, sowie den anstehenden Investitionsprojekten, zeigt Schätzungen der finanziellen Situation über die entsprechenden Jahre unter Einbezug gewisser Modellrechnungen und Annahmen. Diese Annahmen sind der Rechnungsprüfungskommission nicht bekannt, aber grundsätzlich war die Information nachvollziehbar und diese liegt in der Kompetenz des Stadtrats.

Wie oben erwähnt müssen wir aber nicht nur das eine Jahr betrachten, sondern uns mit der Situation des Finanzhaushalts über die Planperiode 2021-2025 befassen. Die Ausgeglichenheit des Finanzhaushalts über acht Perioden muss dabei gegeben sein. In dieser Berechnung ist aber noch der Budgetbetrag 2021 aufgeführt, das heisst in Wirklichkeit wird das Gesamtergebnis deutlich besser werden, denn die letzte Hochrechnung zeigt ein positiveres Resultat.

Es lässt sich also mit gutem Gewissen sagen, dass wir für die kommenden Jahre, trotz der noch anstehenden Investitionen, gut gerüstet sind. Und was man zu guter Letzt auch nicht vergessen darf: ein grosser Teil dieser Investitionen ist die Folge aus dem Wachstum unserer Stadt. Die Attraktivität von Adliswil als Werk- sowie Wohnort steigt stetig. Das ist ein sehr erfreuliches und gutes Zeichen - dazu müssen wir weiterhin Sorge tragen und alles unternehmen, dass es auch in Zukunft so bleibt. Dies ist unsere Aufgabe und dafür müssen wir haushälterisch mit unseren Finanzen

umgehen und die Ausgaben auch betreffend Nachhaltigkeit für nachfolgende Generationen hinterfragen. Daher ist es wichtig, nicht immer noch mehr zu wünschen, sondern das vorhandene zu optimieren, effizienter zu gestalten und die Synergien zu nutzen. Letztendlich ist nun alles unter einem Dach und sollte zu Einsparungen, optimierten Abläufen und zur Effizienzsteigerung führen.

Mario Senn (FDP)

Der Kommissionsreferent hat die Zahlen bereits à Fonds vorgetragen und ich kann darauf verzichten, sie zu wiederholen.

Der Finanz- und Aufgabenplan zeigt uns, wie der Stadtrat die nächsten Jahre einschätzt. Dabei fallen folgende Aspekte auf:

- Ab 2023 nehmen die Investitionen ab. Wir sind im Moment quasi beim Investitionsspeak, dem Investitionshöchststand. Das wussten wir. Wir wussten aber auch, dass die Investitionen danach wieder sinken werden. Danach sinken die Investitionen deutlich, was eine Entlastung bringen wird. Diese Entwicklung ist nun deutlich im Finanz- und Aufgabenplan abgebildet.
- Wir haben viel Unsicherheit. Unsicherheiten bzgl. der Folgen der Corona-Pandemie, bzgl. der Steuererträge, aber auch bzgl. der städtischen Entwicklung mit den Neubauten und dem Einwohneranstieg.

Wir befinden uns derzeit also an einem eigentlichen Scheitelpunkt, in grösster finanzpolitischer Schräglage. Gemäss S. 6 des Budgets sind wir ohne die aktuelle Hochrechnung zwei Millionen Franken vom Verfehlen des mittelfristigen Ausgleichs entfernt und gemäss S. 84 des Finanz- und Aufgabenplans sind wir 6,8 Millionen Franken von der Schuldenobergrenze entfernt.

Die Bäume wachsen auch für uns in Adliswil nicht mehr in den Himmel. Was heisst das für die Finanzpolitik der kommenden Jahre? Wir müssen massvoll bleiben! Wir haben schlicht keine Mittel für Luxusinvestitionen und neue Ausgaben.

Grundsätzlich sieht der Stadtrat bezüglich der Steuereinnahmen optimistisch in die Zukunft, wenn man sich die Grafik auf S. 7 vor Augen führt. Die Steuerkraft soll mehr oder weniger stabil bleiben. Man muss sich dabei aber bewusst sein, dass der Stadtrat offensichtlich damit rechnet, dass es einen gewissen Ersatz gibt für die geringeren Unternehmenssteuererträge durch den Teilwegzug der Swiss Re.

Wir teilen diesen Optimismus zu grossen Teilen. Adliswil hat eine gute Lage, ist zentrumsnah, gut mit Autobahn und S-Bahn erschlossen. Unter diesen Prämissen müsste es gelingen, Unternehmen nach Adliswil zu bringen. Dazu braucht es aber auch eine entsprechende Politik, die Unternehmen keine Steine in den Weg legt und für Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen schafft.

Wir sind uns aber bewusst, dass Unternehmenssteuereinnahmen, da es sich hauptsächlich um Gewinnsteuern handelt, immer volatil sind.

Umso grösser ist deshalb die Bedeutung der natürlichen Personen. Das Steueraufkommen von natürlichen Personen ist viel stabiler. Deshalb ist es auch so enorm wichtig, dass wir bei den Neubauprojekten genau hinschauen und die finanziellen Auswirkungen so gut wie möglich abschätzen und berücksichtigen. Wenn wir in grossem Stil Wohnungen bewilligen und nicht schauen, welche Steuerkraft die künftigen Bewohner mitbringen, dann ist die Gefahr gross, dass wir uns finanziell nicht

nachhaltig entwickeln. Mehr und grösser ist nicht einfach immer gut. Im Gegenteil, vor allem, wenn Neubauprojekte finanziell nicht nachhaltig sind. Dann verschärft jedes bewilligte Neubauprojekt die finanzielle Situation und wir geraten in eine gefährliche Abwärtsspirale mit sinkenden Steuereinnahmen bei massiv höheren zunehmenden Kosten.

Darum sage ich es noch einmal: Neubauprojekte dürfen die finanzielle Gesundheit Adliswils einfach nicht gefährden! Leider habe ich das Gefühl, dass dies noch nicht überall angekommen ist, wenn ich den Antrag zum Swiss Life Projekt im Isengrund anschau. Da der Wunsch an die Sachkommission: Fordert da die Zahlen ein, die euch die finanziellen Auswirkungen zeigen.

Zusammengefasst halten wir also fest:

- Adliswil ist in einer finanziellen Extremlage.
- Es ist nicht die Zeit für neue, nicht finanzierte Aufgaben und Ausgaben. Jetzt nicht und auch nicht nach dem Investitionspeak. Auch dann müssen wir massvoll bleiben, damit wir die Schulden abbauen können, und können nicht einfach zusätzliche Leistungen bestellen.
- Wir müssen endlich Wert darauflegen, wie wir die Stadt entwickeln ohne die finanzielle Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Neubauprojekte und ihre Bewohner müssen die durch sie entstehenden Kosten vollständig und dauernd tragen.

Mit diesen Bemerkungen nimmt die FDP-EVP-Fraktion den Finanz- und Aufgabenplan 2021 – 2025 zur Kenntnis.

Esen Yilmaz (SP)

Obwohl die grössten Investitionen bewilligt sind und diese nach und nach auch rollend getätigt werden, wird uns der Finanzplan 2021 – 2025 trotzdem weiter beschäftigen. Aufgrund der steigenden Verschuldung des städtischen Haushaltes hat der Stadtrat die Prioritäten überarbeitet und diverse Projekte auf später verschoben und damit das Investitionsvolumen um 20% reduziert. Das ist sehr haushälterisch und vernünftig.

In seiner Prognose rechnet der Stadtrat in der Erfolgsrechnung 2021 mit einem Ertragsüberschuss von rund 5,3 Millionen Franken. Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von knapp 1,5 Millionen Franken. Das bessere Ergebnis gegenüber dem Budget ist auf Mehreinnahmen bei den Steuererträgen aus Vorjahren und den Grundstückgewinnsteuern sowie auf einen Aufwertungsgewinn einer Liegenschaft zurückzuführen. Die bisher hohen Steuerausscheidungserträge werden, gemäss Prognose, ab dem Jahr 2022 einen spürbaren Rückgang erfahren und sich im Umsatz der Erfolgsrechnung der Stadt Adliswil auswirken.

Die Erfolgsrechnung generiert in den Jahren 2021 – 2025 einen Cashflow von 42 Millionen Franken womit 35% des hohen Investitionsvolumens von 121 Millionen Franken selbst bezahlt werden können. Dank Entnahmen aus der finanzpolitischen Reserve und einer Steuerfusserhöhung ab dem Jahr 2022 soll die Erfolgsrechnung bis Ende 2023 ausgeglichen sein. Danach resultieren Aufwandüberschüsse. Der Bilanzüberschuss sinkt bis Ende Planperiode auf rund 79 Millionen Franken.

Der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung über acht Jahre (2018 - 2025) sieht einen Ertragsüberschuss von rund 2 Millionen Franken vor. In der letztjährigen Finanzplanung war ein Ertragsüberschuss von 25 Millionen Franken prognostiziert. Die in den letzten beiden Jahren zurückgestellten, finanzpolitischen Reserven im Umfang von 9 Millionen Franken werden voraussichtlich Ende Planperiode im Jahr 2025 aufgelöst sein.

Der Stadtrat rechnet ab dem Jahr 2023 mit einem leichten Anstieg der Steuereinnahmen. Vorausgesetzt es findet eine Normalisierung der globalen Pandemie-Situation statt. Der Stadtrat rechnet in seiner Planung mit einem Zuwachs der Bevölkerung Adliswils. In der nächsten Planperiode wird ein Anstieg von ca. 1'300 Personen auf rund 20'300 Bewohner prognostiziert.

In der aktuellen Finanz- und Aufgabenplanung 2021 – 2025 sind Nettoinvestitionen von rund 93 Millionen Franken im steuerfinanzierten Haushalt geplant. Der Investitionsbedarf Adliswils liegt damit, verglichen mit der Periode 2020 – 2024 (117 Millionen Franken), um rund 24 Millionen Franken tiefer.

In den Jahren 2021 und 2022 werden im steuerfinanzierten Haushalt Investitionen von 69 Millionen Franken realisiert. Der tiefe Cashflow erfordert, dass diese Investitionen zu 82% mit Fremdkapital finanziert werden müssen. Dies führt trotz steigender Verschuldung, aufgrund des historisch tiefen Zinsniveaus, zu keinem erheblichen Anstieg des Finanzaufwandes. Das zu verzinsende Fremdkapital wird sich in der Planperiode 2021 – 2025 von 80 Millionen auf rund 160 Millionen Franken verdoppeln. Der Zinsaufwand Ende Planperiode im Jahr 2025 beträgt voraussichtlich 1,3 Millionen Franken. Dies entspricht rund 1% eines Jahresumsatzes der Stadt Adliswil.

Hier eine Übersicht über die wichtigsten Investitionsvorhaben:

- Total steuerfinanzierte Grossprojekte > 1 Mio. betragen 79,72 Millionen Franken
- Gesamtinvestitionen Verwaltungsvermögen 136,17 Millionen Franken
- Gesamtinvestitionen Verwaltungs- und Finanzvermögen 139,21 Millionen Franken

Hier noch die Finanzpolitische Zielsetzung

- Die langfristigen Schulden dürfen aktuell sowie im Budgetjahr maximal das Doppelte der ordentlichen Steuern im Rechnungsjahr betragen.
- Der Kostendeckungsgrad 2021 – 2025 soll 100% betragen.

Mehrfach hat die SP-Fraktion in der Vergangenheit die Senkung des Steuerfusses als Bumerang moniert und auf die Risiken hingewiesen.

An dieser Stelle möchten wir dem gesamten Stadtrat und dem gesamten Personal für die planerische und umsichtige Arbeit recht herzlich danken. Die SP-Fraktion folgt mehrheitlich dem Antrag des Stadtrats der Festsetzung des Finanz- und Aufgabenplans 2021 – 2025.

Daniel Schneider (GP)

Stadträtin Fein spricht von einem herausfordernden Finanzhaushalt. Einerseits Mindererträge bei den Steuern, andererseits viele Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Covid19-Pandemie. Auf jeden Fall wird Corona die Stadtfinanzen auf Jahre

hinaus belasten. Natürlich sind die hohen, aber auch notwendigen Investitionskosten, welche die Stadt tätigt, ein zusätzlicher Druck aufs Budget. Dass der Stadtrat bei nicht ausgeglichenen Finanzen reagieren musste, ist klar. Jetzt kommt eben auch die vom Grossen Gemeinderat geforderte und verabschiedete Schuldenbremse zum Tragen. Denn die Möglichkeit von Landverkäufen, wie jahrelang praktiziert, ist nun ja erschöpft. Die deutlich schlechtere Ertragslage bei den Steuern zwingt zum Handeln. Auflösung der finanzpolitischen Reserve und die Steuerfusserhöhung auf 102% sind eine massvolle Reaktion, um mittel- und langfristig einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können. Wir Grünen stehen zu dieser Massnahme des Stadtrats und hoffen, dass wir damit auch wieder in finanzpolitisch ruhigeres Fahrwasser kommen. Den Antrag auf eine Sparrunde bei jeder Produktgruppe wie ihn die Rechnungsprüfungskommission fordert, lehnen wir entschieden ab.

Stadträtin Karin Fein

Es ist tatsächlich so, dass wir jetzt am Peak der Investitionen stehen, welche diese Stadt je gemacht hat. Wir haben eine hohe Verschuldung aufgebaut und einer der Gründe, dass die Schuldenbremse nächstes Jahr nicht eingehalten werden kann, wäre, wenn wir den Steuerfuss nicht heraufsetzten. Wir stehen mittlerweile nicht mehr bei 118 Millionen Franken Schulden, sondern wir werden von den ausgleichenden Steuerauscheidungen leider bereits wieder 10 Millionen Franken aufnehmen müssen und haben momentan einen Schulstand von 125 Millionen Franken. Es braucht nicht mehr viel, bis wir die Schuldengrenze erreichen werden. Jawohl, wir wollen ein solides Fundament, aber das Wasser steht uns bis zum Hals und zwar nicht aufgrund der Ausgaben, es sind nicht diese, die uns plagen, sondern es ist die Schuldenbremse, die uns plagt. Dort machen eben 2% 2,2 Millionen Franken aus. Darum lohnt es sich, diese 102 Steuerprozent anzunehmen, statt zu sagen, wir schaffen das auch ohne. Ich weiss nicht, was wir machen, wenn ich im Laufe des Jahres feststellen müsste, dass wir bei den 136 Millionen angekommen sind. Dann müssten wir wirklich jede Ausgabe anschauen und sagen, das und jenes machen wir nicht oder erst später. Den Abbau der Schulden können wir nur gewährleisten, wenn wir die nächsten Jahre nicht nur gerade auskommen, sondern unter Umständen eben auch Überschuss machen. Schulden abbauen kann man auf Grund eines positiven Cashflows. Ein positiver Cashflow kann nur erreicht werden, wenn wir im Haushalt mehr einnehmen als wir ausgeben und ein Teil davon sind, zugegebenermassen, natürlich Abschreibungen. Aber die Abschreibungen sind nicht sehr hoch. Aufgrund dessen haben wir von HRM1 auf HRM2 gewechselt. Trotzdem werden wir, sobald wir dann die Investitionen abgeschlossen haben, Abschreibungen generieren können, welche dann aber im Finanzhaushalt auch wieder ein Kostenfaktor sind und zu einem Bedürfnis an Steuern führen werden. Das heisst, ab 2024 wird das der Fall sein.

Selbstverständlich haben wir den Rotstift angesetzt. Es ist jedes Mal so, dass die erste Budgetlesung des Stadtrats zurück geht, mit Rotstift. Das ist jedes Jahr so, seit ich im Stadtrat bin und ich denke, es war auch vorher schon so.

Der Finanzplan ist nicht pessimistisch, sondern die Steuereinnahmen sind eher optimistisch dargestellt, so, wie wir denken, dass sie sein werden. Wenn wir pessimistisch gewesen wären, hätten wir 6% weniger budgetiert. Wir haben ganz sachlich und vernünftig berechnet, wie die Steuereinnahmen mit dem Bevölkerungszuwachs, der sich abzeichnet, steigen könnten.

Ratspräsident Simon Schanz

Mit der Diskussion über den Finanz- und Aufgabenplan 2021–2025 haben Sie diesen zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist erledigt.

Es gibt einen zehnminütigen Sitzungsunterbruch. Die Sitzung geht um 20:15 Uhr weiter.

4. Budget 2022 (GGR-Nr. 2021-284)

Antrag des Stadtrats vom 21. September 2021 und geänderter Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 6. Dezember 2021

Eintreten auf den Voranschlag ist gemäss Art. 49 Abs. 2 GeschO GGR obligatorisch.

Noch ein Hinweis zum Vorgehen. Im Vorfeld zur heutigen Sitzung wurden Sie auch über den gemeinsamen Antrag von SP, den Grünen, den Freien Wähler, der Mitte und der Grünliberale Partei informiert. Der Antrag der Rechnungsprüfungskommission ist gestützt auf Art. 44 Abs. 2 GeschO GGR Gegenstand der Beratung. Aufgrund der vorliegenden Anträge werden wir in der Detailberatung bei jeder Produktgruppe eine Abstimmung durchführen.

Grundsatzdebatte

Thomas Iseli (FDP), Präsident der Rechnungsprüfungskommission

In der jetzigen Phase der Normalisierung bei den Investitionen und der immer noch permanent uns beeinflussenden Corona-Pandemie heisst es optimieren, effizienter werden, Synergien nutzen und nichts überstürzen. Es gilt sich auf die eigenen Stärken zu besinnen und das zu beeinflussen, was wir auch direkt können, daher ist Sparen angesagt, darin ist sich die Rechnungsprüfungskommission einig. Der Stadtrat möchte trotz positiven Anzeichen in seinem Budget 2022 eine Steuererhöhung einbauen. Alles in allem können wir bereits einführend feststellen, dass das Budget 2022 in der Rechnungsprüfungskommission zu sehr ausführlichen Diskussionen geführt hat. Die Rechnungsprüfungskommission vertritt grundsätzlich eine einheitliche Meinung, welche nicht nur derjenigen des Stadtrats entspricht und deshalb haben wir einen vom Stadtratsbeschluss abweichenden Antrag gestellt.

Wir sind einstimmig der Meinung, dass wir in der jetzigen Phase mit den eigenen Kräften und dem Rotstift verstärkt arbeiten und Sparmassnahmen einleiten müssen. Es gibt sicherlich einiges an Potenzial, welches sich in den verschiedenen Ressorts verbirgt. Zusätzlich sollten auch vermehrt Synergien genutzt und die Effizienz gesteigert werden, zumal sich nun die gesamte Verwaltung in einem Gebäude befindet, liegt dies auf der Hand.

Aus diesen Gründen hat sich die Rechnungsprüfungskommission grossmehrheitlich dazu entschieden, dass die geplante Erhöhung des Steuerfusses auch in Anbetracht von Corona jetzt noch nicht angesagt ist. Wir haben vom Stadtrat weitreichende Gedanken zu Kosteneinsparungen und Zeichen dazu erwartet, diese sind

nicht eingetroffen. Unser erster Antrag, der sehr offen formuliert gewesen war und dem Stadtrat viel Spielraum gelassen hätte, wurde vom Stadtrat nicht akzeptiert.

Daher haben wir dann versucht, diese Arbeit anzugehen und zu optimieren, wo wir es als möglich und sinnvoll erachteten. Wir haben dazu in unseren Erläuterungen Beispiele aufgezeigt, ohne, dass wir in die Kompetenzen des Stadtrats eingreifen wollten. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Rechnungsprüfungskommission funktioniert soweit gut, leider haben wir in der Erwartung von detaillierten Informationen und einem Paper aus den Finanzen zur vertieften Transparenz, nichts erhalten. Das Hin und Her bei der Hochrechnung 2021 war auch nicht förderlich zur objektiven Beurteilung der momentanen Situation. Dass sich die zweite Hochrechnung gleich im Finanzplan befindet, haben wir auch erst später erfahren. Die momentan neueste Hochrechnung zeigt ein sehr positives Bild, was zur Zuversicht Anlass geben sollte. So ist es auch vertretbar, momentan auf die Steuererhöhung zu verzichten. Nach dem Jahr 2022 ist man dann eh schlauer und kann beurteilen, ob der Entscheid der Rechnungsprüfungskommission richtig war. Bei der Budgetierung ist es immer schwierig, die Steuerprognosen einzuordnen, aber bisher hatten wir es ja stets mit pessimistischen Annahmen zu tun. Weitsicht zu beweisen ist schwierig und so sollten die Anregungen aus dem Rat zu Kosteneinsparungen auch befolgt werden, denn diese können wir selber beeinflussen.

Dass wir uns momentan in einer nicht sehr komfortablen Lage befinden ist allen klar. Wir müssen den Peak bei den Investitionen verdauen, müssen auf den mittelfristigen Ausgleich der Erfolgsrechnung (dies über acht Jahre) schauen und dürfen die langfristigen Schulden (Schuldenobergrenze) nicht aus den Augen verlieren.

Das vom Stadtrat präsentierte Budget 2022 prognostiziert einen Aufwandsüberschuss von fast 3,67 Millionen Franken, wobei dann geplant ist, 3 Millionen Franken aus der finanzpolitischen Reserve einzuschiessen, was letztendlich noch zu einem Minus von 0,67 Millionen Franken führen würde. Dieser ausserordentliche Effekt haben wir uns in den Vorjahren erarbeitet, da das Resultat dies zugelassen hat. Im Budget 2021 budgetierte der Stadtrat keine finanzpolitische Reserve, weil nicht mit einem soliden, grossen Ertragsüberschuss gerechnet worden ist. Gemäss den vorliegenden Prognosen wird sich vom 2021 aber ein ganz anderes Bild zeigen. Dieses positive Resultat soll uns nun auch im 2022 helfen und ist noch nicht in die mittelfristige Berechnung eingeflossen.

Darum beantragt Ihnen die Rechnungsprüfungskommission den Steuerfuss beizubehalten und auf 100% zu belassen. Wir argumentieren dabei mit der grundsätzlich erfreulichen Bilanzsituation, mit einem Nettovermögen sowie der mittelfristig positiven Entwicklung der natürlichen Steuererträge. Bei den Kosten sieht die Rechnungsprüfungskommission den Stadtrat in seiner Pflicht zu sparen und zu optimieren. Wir wollen mit einem positiven Bekenntnis zur Stabilität und Beibehaltung der Steuern ein positives Zeichen setzen.

In den einleitenden Bemerkungen zum Budgetbeschluss spricht der Stadtrat innerhalb der Zielsetzungen von einem Steuerfuss von 102%. Für die Rechnungsprüfungskommission ist dies nicht eine Zielsetzung, sondern der Steuerfuss müsste eigentlich das Resultierende sein, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden.

Ganz sicher muss man deshalb auch die in naher Zukunft geplante Erhöhung, ersichtlich aus dem vorliegenden Finanzplan, nochmals überdenken und die bisher

vorhandenen Reserven zuerst einmal senken. Ganz wesentlich spielen hier ja auch die geplanten Investitionen eine zentrale Rolle. Diese sind nun aber nur noch mit 26,6 Millionen Franken im Budget 2022 zu finden, gegenüber 51 Millionen Franken im Vorjahr und 71 Millionen Franken früher, fast ein Klacks. Der Stadtrat ist auch hier gefordert, die Investitionen nochmals gründlich anzusehen und die nicht notwendigen Investitionen nach hinten zu schieben.

Dies macht ja grundsätzlich auch Sinn, denn die heutige Generation muss nicht bereits alles für zukünftige Generationen berappen. Es wird sich auch unter diesen Umständen zeigen, was man dann wirklich auch im Stande ist, umzusetzen. Hier besteht immer eine grosse Diskrepanz, denn die Erfahrung zeigt, dass teilweise bloss zwischen 50 und 70 Prozent davon realisiert werden.

Die Rechnungsprüfungskommission hat versucht, bei der Aufwandsseite anzusetzen und hier haben wir in unserem Antrag auch einige Beispiele aufgelistet, welche aus unserer Sicht mögliche Sparaspekte aufzeigen. Der Stadtrat müsste mit seinem Know-how und dem vertieften Wissen in den Ressorts hier den Ball aufnehmen und das Mögliche umsetzen.

Der Stadtrat liefert uns auch Beispiele im Sinne des nicht Sparens:

Im Beschluss des Stadtrats unter Punkt 1 werden die Zinssätze für die Verzinsung im Jahr 2022 festgelegt, wir können zwar darüber nicht befinden, aber zur Illustration dient dies allemal. Heute ist es Gang und Gäbe, dass Negativzinsen bei Anlagen über 1 Million Franken belastet werden. Der Stadtrat verzinst die Guthaben der PK mit 2,5% und diejenigen des Zweckverbandes ARA Sihltal und der Stiftung Adliswiler Jugend mit 0,75%. Dies sind ja zum heutigen Zeitpunkt extrem hohe Sätze, als Privater kann man von solchen Zinssätzen auf dem Sparbüchlein nur träumen.

Hier bedeutet es aber, dass der Adliswiler Steuerzahler die PK, die ARA Sihltal und die Stiftung für die Adliswiler Jugend über diese hohe Verzinsung ohne Not quersubventioniert. Wenn man dazu noch bedenkt, dass das Guthaben der PK bei der Stadt etwa 4 Millionen Franken beträgt und man den Zinssatz auf 0% reduzieren könnte (das wäre für die PK immer noch besser als ein normales Bankkonto mit Negativzinsen), hat man so bereits ein Potential von 100'000 Franken gefunden.

Dies war unsere Ausgangslage und so soll es verständlich erscheinen, in welche Richtung der Antrag der Rechnungsprüfungskommission geht. Durch Corona wurden wir überrascht, aber nicht aus der Bahn geworfen, dies ist positiv und daran wollen wir anknüpfen.

Bei den Investitionen ist wie immer die offene Frage, ob all diese Investitionen tatsächlich getätigt werden können und somit die Abschreibungen überhaupt in dieser Höhe anfallen werden. Es ist also sicher davon auszugehen, dass wir hier wie gewohnt "Spielraum" haben. Von Gesetzes wegen darf im Budget nicht mit der Annahme einer Ausschöpfungsquote von unter 100 Prozent gerechnet werden.

Auf der Ertragsseite haben wir es mit rückläufigen Fiskaleinnahmen zu tun. Diese Mindererträge sind vornehmlich auf Steuerauscheidungen von juristischen Personen zurückzuführen, dies zeigt klar auch die negative Entwicklung bei den Unternehmungen.

Wir wissen, dass Prognosen im Bereich der Fiskaleinnahmen schwierig sind, daher gehen die Ansichten bei den Diskussionen in der Rechnungsprüfungskommission auch jeweils ziemlich weit auseinander. Es gilt Sondereffekte zu erkennen und

Mehrerträge zu eruieren, denn nebst den ordentlichen Steuern des aktuellen Rechnungsjahres fallen auch jene von früheren Jahren sowie Erträge aus Quellensteuern, Steuerauscheidungen und Grundsteuern an. All dies muss und sollte Berücksichtigung finden, auch, wenn es sehr starken Schwankungen unterliegt, welche kaum zu prognostizieren sind. Unter dieser Gesamtbetrachtung scheinen die ordentlichen Steuereinnahmen zwar konservativ budgetiert zu sein, gegeben der Unsicherheiten in den Steuerklassen scheint dies aber angebracht, sollte aber auch mit dem gleichbleibenden Steuerfuss erreicht werden können.

Nimmt man alles zusammen, lässt sich die von der Rechnungsprüfungskommission beantragte Beibehaltung des Steuerfusses nachvollziehen. Diese sollte finanziell tragbar sein und sollte trotz schlechteren Perspektiven bei den zukünftigen Steuern noch eine gewisse Zeit so bleiben. Ein konstanter Steuerfuss unter Berücksichtigung der Zukunftsperspektive ist vertretbar, denn bei der gegebenen Ausgangslage ist sie als durchaus realistisch zu beurteilen. Das Ziel sollte sein, diesen so lange wie möglich auf diesem Stand beizubehalten und nicht zu ändern. Gegeben den kommenden finanziellen Belastungen und den Unsicherheiten, auch durch Corona, handelt es sich um eine vernünftige Entscheidung. So ergibt sich ein weiterhin positives Zeichen für die Zukunft, welches die positive Entwicklung unserer Stadt unterstreicht und die Adliswilerinnen und Adliswiler sowie das lokale Gewerbe nicht unnötigerweise belastet. Schliesslich haben wir es in den letzten Jahren fast ausschliesslich, bis auf einen einzigen, mit positiven Jahresabschlüssen zu tun, ein optimistisches Zeichen.

Im Rahmen der detaillierten Prüfung der einzelnen Produktgruppen-Budgets konnte sich die Rechnungsprüfungskommission von den verbesserten Erklärungen innerhalb des Budget-Dokuments überzeugen. Die gute Lesbarkeit und die im generellen umfangreichen und gut strukturierten Inhalte haben wesentlich zur Vereinfachung der Prüfung beigetragen.

Erschwerend wirken wie immer im Budget nur die Vergleiche zum Budget des Vorjahres, weil die laufenden Vergleichszahlen noch fehlen, und leider nicht auch der Vergleich mit der vorhandenen Rechnung der Vorvorjahreszahlen kommentiert wird. Hier gibt es teilweise extreme Sprünge, welche so nicht kommentiert werden und vielleicht sogar vergessen gehen. Wir hoffen hier könnte noch das eine oder andere verbessert und geklärt werden, damit die Entwicklung nachvollzogen werden kann. Wir hoffen, in Zukunft konsistente Hochrechnungen mit weniger grossen Schwankungen zu bekommen. Eine langfristige Übersicht und Transparenz wäre allenfalls auch schon im Vorfeld der Budgetierung und nach deren Abschluss im Austausch mit der Rechnungsprüfungskommission sinnvoll und würde nicht zu Sonderübungen führen. Dies könnte eine gute Basis bilden und zur Vertrauensbildung massiv beitragen. Versuchen wir es doch einmal so und verbessern den gemeinsamen Budgetprozess mit dieser frühzeitigen Klärung und dem Einbezug der Rechnungsprüfungskommission.

Als äusserst positiv werten möchten wir an dieser Stelle die Qualität der Kommentare im Budget-Dokument, welche sich nochmals verbessert haben. Diese reduzierten die Zahl der Fragen an den Stadtrat signifikant, vereinfachten das Lesen und somit die Schlussfolgerungen. Die schnelle, umfangreiche und verständliche Fragenbeantwortung hat bei uns das Gefühl von transparenter Kommunikation verstärkt, wir sind in der Zusammenarbeit sicherlich auf dem richtigen Weg. Die Beantwortung der Fragen der Kommission war gut, sonst haben wir nachgefasst und eine

Präzisierung verlangt. Hier wurde dem Grundsatz – mehr Transparenz und Klarheit schaffen, dann fällt eine Prüfung auch einfacher aus – nachgegangen und gelebt. So konnten wir unseren Wissensstand verbessern und vertiefen.

Résumé:

Zusammenfassend empfiehlt Ihnen die Rechnungsprüfungskommission grossmehrheitlich, dem eigenen Antrag der Festsetzung des Budgets 2022 in den Ressorts, mit der Beibehaltung des Steuerfusses bei 100%, zuzustimmen.

Zu guter Letzt möchten wir dem Stadtrat und dem gesamten städtischen Personal für den geleisteten Einsatz ganz herzlich zu danken. Wir schätzen die Zusammenarbeit sowie die Möglichkeit, auch kritische Punkte sachlich diskutieren zu können und freuen uns bereits, dies auch im kommenden Jahr so fortzuführen. Betreffend Lesbarkeit des Budgets wurde unserem Begehren Folge geleistet und die grössten Positionen oder Anpassungen kurz und knapp zusammengefasst, dafür nochmals besten Dank – dies ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Transparenz.

Sebastian Huber (SVP)

Wir debattieren und beschliessen heute über das Budget 2022 und somit auch darüber, wie und wo Adliswil seine Steuergelder im kommenden Jahr ausgeben wird. Die detaillierten Ausführungen zum Budget haben Sie durch den Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission erfahren, ich erspare Ihnen die Wiederholungen.

Was im Fokus dieser Budgetdebatte heute steht und sicher auch das Interesse der Bevölkerung weckt, ist die geplante Steuererhöhung auf 102%, welche der Stadtrat in seinem Antrag vorschlägt.

Wir von der SVP haben ja immer schon darauf bestanden, dass der Stadtrat mit den Steuergeldern haushälterisch und sparsam umgehen soll. Immer wieder wurden wir aber in den letzten Jahren bei den Budgetdebatten vertröstet, diese Warnung vor einer Steuerfusserhöhung sei Angstmacherei und entspreche nicht der Realität. Wie wir nun wissen, ist jetzt aber diese Warnung, welche an der letzten Budgetdebatte auch damals von Seiten des Stadtrats lautete, man müsse unter Umständen mit einer Erhöhung rechnen, Realität geworden. Abermals wird nun hier aus unserer Sicht das falsche Mittel für die Deckung der geplanten Kosten, nämlich mittels einer Steuererhöhung, angewendet.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht sein, dass wir in der jetzigen Zeit, wo die Menschen durch die Covid-Krise nicht nur psychisch, sondern eben auch finanziell schwierigen Zeiten entgegensehen, uns hier als Volksvertreter erlauben, die finanzielle Belastung der Adliswilerinnen und Adliswiler mit einer Steuererhöhung zu vergrössern.

Geschätzte Damen und Herren des Stadtrats, die Lösung hier ist nicht eine simple Steuererhöhung. Die Lösung hier ist eindeutig eine straffe und nachhaltige Sparpolitik. Es ist eine Zumutung gegenüber dem Bürger, die immer wachsenden Kosten mit einer Steuererhöhung zu decken. Das käme ja etwa gleich, wie wenn man in der Weihnachtszeit plötzlich merkt, dass einem das Geld ausgeht, und man dann kurzerhand den Arbeitgeber verpflichtet, eine Lohnerhöhung zur Deckung der Kosten zu sprechen, weil man einfach mal so ins Blaue hinaus im Onlineshop Dinge bestellt hat, obwohl das nötige Geld dafür gar nicht vorhanden ist. Tragisch ist, dass der Staat, in diesem Falle die Stadt Adliswil, mit einem Beschluss zur Steuererhöhung

eben genau so vorgeht. Man hat zu wenig Geld und holt es sich beim Bürger. Sparen ist nun angesagt und sicher nicht weiteres fröhliches Geldverpulvern.

Zum Glück hat sich hier, wie wir bereits gehört haben, die Rechnungsprüfungskommission Gedanken zu diesem Weg gemacht, wie wir die Ausgaben in Zukunft decken können, ohne die Steuerbelastung zu erhöhen. Und oh Wunder, wie man dem Antrag der Rechnungsprüfungskommission entnehmen kann, geht das auch offenbar ohne eine Erhöhung der Steuern.

Wie wir dem Antrag der Parteien hier im Rat von Grünen, SP, Mitte, GLP und Freien Wählern entnehmen können, scheint jedoch bei Ihnen das Thema sparen im Wortschatz nicht vorhanden zu sein. Ihr beantragt dem Stadtrat zu folgen und damit auch die Steuererhöhung durchzuwinken. Dass dies von linker Seite hier im Rat zu erwarten war, leuchtet ein. Dass jedoch die Mitte und sogar die Freien Wähler mitmachen, ist doch wirklich enttäuschend.

Das haben Ihre Parteifreunde im Kantonsrat besser hinbekommen. Zum Auftakt der Debatte über das Zürcher Kantonsbudget 2022 setzte die bürgerliche Mehrheit aus SVP, FDP, GLP und Mitte den ersten Teil ihres Plans durch:

Als ein starkes Zeichen an die Wirtschaft wird der Steuerfuss für die Jahre 2022 und 2023 auf 99% der einfachen Staatssteuer festgesetzt. Die Regierung muss sparen. Die Pauschalkürzung des Kantonsbudgets um 70 Millionen Franken wurde mit 103 gegen 69 Stimmen vom Kantonsrat beschlossen. Die Koalition der Budgetvernunft hat diese effektive, sachlich und inhaltlich nicht minder spannende Budgetberatung ermöglicht. Die Pauschalkürzung um 70 Millionen Franken ist als Auftrag an den Regierungsrat zu verstehen mit dem Ziel, einen straffen Haushaltsvollzug zu erreichen. Das sollte doch auch hier in Adliswil unser Ziel sein. Brisant: Die geplanten Ausgaben im Budget von Adliswil könnten sogar gedeckt werden, ohne dass der Steuerfuss erhöht werden muss. Es ist deshalb mehr als fraglich, warum sich der Stadtrat hier ein "Finanzpösterli" vom Gemeinderat bewilligen lassen will. Sie sehen, die Erhöhung der Steuer ist schlicht unnötig und gegenüber dem Volk nicht zu rechtfertigen. Ich hoffe sehr auf die Vernunft von Ihnen hier im Rat.

Die SVP wird dem Antrag der Rechnungsprüfungskommission auf Beibehaltung des Steuerfusses auf 100% einstimmig zustimmen.

Esen Yilmaz (SP)

Das Votum zum Budget 2022 möchte ich in Ertrag, Aufwand, Investitionen und Fazit für die bessere Lesbarkeit aufteilen.

Ertrag

Der Stadtrat prognostiziert in seinem Budget 2022, welches einen Umsatz von 139,7 Millionen Franken vorsieht, einen Aufwandüberschuss von 3,7 Millionen Franken. Dieses Ergebnis wird hauptsächlich auf Mindereinnahmen bei den Steuerausscheidungen und den Grundstückgewinnsteuern zurückzuführen zu sein. Der Aufwandüberschuss soll mittels Entnahme von 3 Millionen Franken aus der finanzpolitischen Reserve, teils ausgeglichen werden. Den Mindererträgen stehen jedoch Mehreinnahmen beim Transferertrag von 3,9 Millionen Franken gegenüber.

Aufwand

Der Aufwand weist einen Umsatz von 140,4 Millionen Franken auf, welcher durch tiefere Zahlungen von 6,6 Millionen Franken in den kantonalen Finanzausgleich reduziert wird und dieser wiederum den tieferen Fiskalerträgen zuzuschreiben sei. Der budgetierte Aufwandüberschuss von 0,7 Millionen Franken wird dem Eigenkapital entnommen und das Eigenkapital wird gemäss Planung 82 Millionen Franken betragen. Die Nettoschuld wird auf 118 Millionen Franken ansteigen, jedoch liegt die Eigenkapital-Quote bei gut 36%.

Investitionen

Die budgetierte Investitionssumme beläuft sich auf rund 27 Millionen Franken, im aktuellen Jahr sind es noch 51 Millionen Franken. Das Fremdkapital wird rund 194 Millionen Franken betragen. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen liegt bei 64%.

Fazit

Nach Verbuchung der Ergebnisse 2021 und 2022 wird der Bilanzüberschuss (Eigenkapital) voraussichtlich 82 Millionen Franken erreichen. Dank dem gegenüber den Vorjahren sinkenden Investitionsvolumen, können die Projekte mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 64% teilweise selbst finanziert werden. Mit dem beantragten Budget 2022 kann die Zielsetzung des mittelfristigen Haushaltgleichgewichts erreicht werden. Der Grosse Gemeinderat muss heute über ein Budget von 85,3 Millionen Franken auf der Ausgabenseite befinden. Der Stadtrat hatte in den Vorjahresplanungen eine Steuerfusserhöhung antizipiert. Für das Budget 2022 beantragt er dem Grossen Gemeinderat eine Steuerfusserhöhung von 100% auf 102%. Mehrfach hat die SP-Fraktion in der Vergangenheit die Senkung des Steuerfusses als Bumerang moniert und auf die Risiken hingewiesen.

An dieser Stelle möchten wir dem gesamten Stadtrat und dem gesamten Personal für die planerische und umsichtige Arbeit recht herzlich danken. Die SP-Fraktion folgt mehrheitlich dem Antrag des Stadtrats der Festsetzung des Budgets 2022.

Ann-Kathrin Biagioli (GLP)

Das vom Stadtrat präsentierte Budget für das Jahr 2022 hat bei der GLP zu lebhaften Diskussionen geführt. Insbesondere deshalb, weil der Steuerfuss um 2% angehoben werden soll. Auch wenn die Nachricht der Steuererhöhung uns alle mehr oder weniger schmerzhaft trifft, so kommt sie dennoch nicht überraschend. Bereits in der letzten Budgetdebatte machte die Mehrheit der Parteien darauf aufmerksam, dass sich eine Anhebung des Steuerfusses langfristig nicht vermeiden lässt. Adliswil ist in einem konstanten Wachstum begriffen und es wird laut vorliegendem Budget bis Ende 2022 mit einer Einwohnerzahl von rund 90'100 Personen gerechnet. Doch auch wenn neue Einwohner in der Regel mit neuen Steuererträgen einhergehen, macht das stetige Wachstum zahlreiche Investitionen notwendig. Stark betroffen ist dabei insbesondere das Ressort Bildung, weil die Anzahl Schüler steigen wird. Auch die anhaltende Pandemie macht das Sparen nicht leichter. So muss im Weiteren, um einen zeitgemässen Unterricht gewährleisten zu können, die Schule auch künftig im Bereich Informatik Investitionen tätigen werden müssen. Uns allen ist bewusst, dass der finanzielle Spielraum der Stadt Adliswil, nicht zuletzt wegen dem Wegzug einer Juristischen Person, schmerzhaft geschmälert wurde, insbesondere, da im kommenden Jahr nicht damit gerechnet werden kann, dass diese Einbusse anderweitig kompensiert werden kann, selbst wenn Sparmassnahmen angekündigt sind.

Die Mitte-GLP-Fraktion hat denn auch zu Kenntnis genommen, dass sich das Investitionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr von 51 Millionen Franken auf beinahe 24 Millionen Franken verringert hat. Diese zeigen bereits vorhandene Spartendenzen auf und lässt auf einen sparsamen Umgang mit den Finanzen hoffen. Das bedeutet auch, dass es nötig ist, das Augenmerk künftig noch stärker darauf zu legen, was tatsächlich notwendig ist. Dies jedoch stets vor dem Hintergrund und unter Beachtung der vom Grossen Gemeinderat bewilligten Projekte Busbahnhof, Erweiterung Schulen oder des Polizeigebäudes, welche entstehen werden, beziehungsweise schon abgeschlossen wurden. Wir müssen den Gürtel enger schnallen, daran können auch erfreuliche Gesetzesvorlagen nichts ändern. So haben zwar am 27. September 2020 die Stimmbürger diverse Änderungen angenommen, woraus für die Gemeinde Minderkosten resultieren. Durch diese Minderkosten werden einen Teil der Schulden kompensiert werden können. Sparsamkeit ist das Motto der Stunde. Die Stadt hat jedoch mit uns willkürlich erscheinenden Budgetkürzungen über das Ziel hinausgeschossen. Überall um jeden Preis zu sparen, scheint uns der falsche Ansatz. Natürlich gibt es auf verschiedenen Ebenen zahlreiche Ansichten, um zu sparen. Hier ist es die Aufgabe des Grossen Gemeinderats, die entsprechenden Instrumente zu stimmen und zu nutzen. Das uns von der Rechnungsprüfungskommission vorgelegte Sparpaket vermag uns nicht zu überzeugen. Es kommt weder nachhaltig noch nüchtern daher. Auch wenn sich die Mitte-GLP-Fraktion grundsätzlich für Sparmassnahmen ausspricht, so müssen diese doch seriös und fundiert begründet sein. Schlagworte wie Einsparungen durch Intensivierung oder durch Nutzen von Synergien kommen zwar verlockend daher, zeigen am Ende aber weder auf, noch lassen sie bei genauer Betrachtung erwarten, dass sie im kommenden Jahr zu tatsächlich spürbaren Einsparungen führen werden. Solchen Massnahmen liegen langwierige Prozesse zugrunde, an deren Ende sich allenfalls Einsparungspotenzial ergibt. Nach Auffassung der Mitte-GLP-Fraktion bedarf es einer sorgsamen und massvollen, vor allem aber mit langfristiger Evaluation geplanten, sinnvollen Sparmassnahme. Die Mitte-GLP-Fraktion wird daher den Antrag der Rechnungsprüfungskommission ablehnen.

Marianne Oswald (GP)

Wir danken dem Stadtrat und allen involvierten Personen von der Verwaltung für ihre Arbeit und die sorgfältige Erstellung des Budgets 2022 sowie für ihren Einsatz für Adliswil im vergangenen Jahr. Ein Dank geht auch an Karin Fein für die schlüssigen und verständlichen Ausführungen.

Es ist zweifellos eine herausfordernde Zeit. Adliswil musste viel in seine Infrastruktur investieren und die Verschuldung steigt entsprechend stark an. Jetzt zeigt sich die Wichtigkeit der finanzpolitischen Reserve, die wir angespart haben. Doch diese reicht leider nicht, um mittelfristig das Budget wirklich im Gleichgewicht zu halten.

Wie der Stadtrat schon länger angekündigt hat, müssen wir nun den Steuereffuss leicht anheben. Klar, niemand erhöht gerne die Steuern. Aber wir können es nicht verantworten, nun auf Teufel komm raus auf den 100% zu beharren und so die Verschuldung noch mehr in die Höhe zu treiben. Das wäre auf Grund der Schuldenbremse auch nicht zulässig. Wir halten die moderate Erhöhung um 2% für notwendig und vertretbar.

Das muss uns ja nicht davon abhalten, die Ausgaben im Auge zu behalten und wo möglich Synergien zu nutzen. Wenn wir nicht die ganzen geplanten 3 Millionen

Franken aus der finanzpolitischen Reserve entnehmen müssen, ist wohl auch niemand traurig.

Nicht einverstanden sind wir mit dem Antrag der Rechnungsprüfungskommission. In einer Hauruck-Übung noch schnell das Budget zusammenstreichen und dann mit Vorschlägen kommen, die teilweise gar nicht, oder dann sicher nicht auf den 1. Januar umsetzbar sind, das ist für uns keine durchdachte Budget-Planung. Wir wollen keinen Leistungsabbau. Die Grüne Fraktion stimmt geschlossen für den gemeinsamen Antrag von SP, Freien Wählern, Mitte, GLP und natürlich den Grünen, welcher dem Antrag des Stadtrats entspricht.

Daniel Frei (FW)

Bereits im Votum zur Jahresrechnung 2020 vom 2. Juni 2021 haben sich die Freien Wähler dazu geäussert, dass die Aussicht auf einen stabilen Steuerfuss nicht mehr so rosig aussieht. Solange diese Instabilität darauf zielt, die Steuern zu senken, mag dies ja noch in Ordnung sein.

Nachdem der Steuerfuss in unserer Stadt im Jahr 2011 noch bei stolzen 110% lag, wurde dieser in heftigen Diskussionen, oft entgegen dem Vorschlag des Stadtrats bis im Jahr 2018 auf 100% reduziert. Dies war in unseren Augen auch absolut berechtigt. Soll diese Herrlichkeit nach vier Steuerjahren bei 100% schon wieder vorbei sein? Uns persönlich wäre ein Satz unter 100% selbstverständlich lieber.

Die Steuer anzuheben auf ein Jahr, in welchem Wahlen stattfinden, ist alles andere als populär. Keine Steuerzahlerin oder kein Steuerzahler wird dies in einem Dankeschreiben loben. Wir müssen bei unserer Entscheidungsfindung jedoch keinen Blumenstrauß gewinnen, sondern uns ernsthaft überlegen, ist eine Steuererhöhung notwendig und was passiert, wenn wir dies nicht machen.

Durch das grosse Wachstum unserer Stadt musste viel investiert werden. Mit dem Schulhaus Dietlimoos, der Erweiterung im Schulhaus Sonnenberg, dem Wilacker, dem Bushof mit Parkhaus, dem Hallenbad und dem neuen erweiterten Stadthaus nenne ich nur einige der grossen Brocken, das letzte erwähnte Projekt ist meines Wissens noch nicht mal final abgerechnet. Alles Ausgaben, zu welchen unser Parlament grossmehrheitlich und zusätzlich auch das Stimmvolk ja gesagt haben. Die Konsequenz davon ist, dass die Nettoschulden innert den nächsten zwei Jahren von 60 Millionen Franken auf 118 Millionen Franken steigen werden. Eine stolze Summe für eine Gemeinde mit nicht mal 20'000 Einwohnern.

Es ist uns bewusst, mit einer Erhöhung von 2 Steuerprozenten flicken wir dieses Loch nicht! Wenn wir es aber nicht tun, ist die Chance gross, dass wir im kommenden Jahr nicht um 2, sondern gleich um 4% erhöhen müssen. Oder aber, wir können teilweise wichtige Infrastrukturvorhaben nicht mehr umsetzen. (Musikhaus, Turnhalle Wilacker). Der grösste Teil der anwesenden im Saal haben einer Schuldenobergrenze zugestimmt. Ein absolut sinnvolles Instrument, um uns nicht ins Bodenlose zu verschulden. Wer investiert und dem auch überzeugt zustimmt (wie erwähnt geschehen durch Parlament und Stimmvolk), muss bereit sein, dies auch mit seinem Beitrag zu stützen.

Wer jetzt das Gefühl hat, dass dies über die laufende Rechnung gelöst werden kann, hat sich wahrscheinlich gebissen. Dienstleistungen mit dem Giesskannenprinzip durch sämtliche Produktgruppen zu kürzen, gleicht eher einer Verzweiflungstat, um die unerfreuliche Steuererhöhung verzweifelt zu verhindern.

Es mag sein, dass immer noch Steuergelder unachtsam und unnötig ausgegeben werden. So können wir die Notwendigkeit von teuren Maschinen (Friedhof), welche ein paar Stunden im Jahr im Einsatz sind, die Plexiglasverkleidung in der Zuschauerallee in der Turnhalle Hofern, ja ich weiss, umgesetzte neue Sicherheitsvorschriften, Stichwort gefährliche Lokomotive im Werd und das Verschieben der Böller in der Einfahrt zur Tüfi nur schwer nachvollziehen. Viele dieser Ausgaben liegen wahrscheinlich in den Kompetenzen von Entscheidungsträgern innerhalb der Verwaltung und daher fliegen sie unter dem Radar. Hier liegt es auch an der Rechnungsprüfungskommission Ausgaben in den Kompetenzbereichen der Verantwortlichen tiefer zu hinterfragen. Wir können diese damit nicht verhindern (da nicht in der Kompetenz) aber sicher die Sensibilität fördern, durch das Stellen von unangenehmen Fragen.

Ohne Freude, aber mit einem grossen Mass an Überzeugung werden die Freien Wähler aus strukturellen Überlegungen der Steuererhöhung von 100% auf 102% zustimmen und folgen dem Antrag des Stadtrats. Die Budgetreduktionen im Antrag der Rechnungsprüfungskommission lehnen wir im Gegenzug ab. Lieber mal 2% mit dem Steuerfuss rauf, als dann wieder einen Sprung von 6%, wie leider auch schon geschehen. Alles andere als ein populärer Entscheid, aber ein ehrlicher.

Mario Senn (FDP)

Irgendwie habe ich den Eindruck, dass die Vorberatung dieses Budget-Antrags ziemlich entgleist ist.

Mit der Sitzungseinladung folgte ein erster Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 22. November. Dann folgte am 7. Dezember noch eine zweite Version. Das an sich ist schon kein Gütezeichen. Und dann liegt uns noch der Antrag der Fraktionen SP, Mitte-GLP, FW und Grünen vor.

Der zweite Antrag der Rechnungsprüfungskommission hat es in sich. Er reduziert in allen Produktgruppen das jeweilige Globalbudget, damit der Erhalt des aktuellen Steuerfussniveaus "finanziert" werden kann. Gleichzeitig enthält er einen Katalog von Beispielen von Ausgaben, bei welchen man sparen könnte. Auch wenn es durchaus löblich ist, dass sich die Rechnungsprüfungskommission diese Gedanken gemacht hat, ist der Antrag vielleicht gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Die Rechnungsprüfungskommission hat in einer einzigen Sitzung diesen Katalog zusammengestellt. Da hat es sicher Sachen darunter, die man anschauen kann. Wenn das stimmt, dass wir mit zu hohen Zinsen die Pensionskasse querfinanzieren, dann haben wir wirklich Sparpotential. Aber es gibt geltende Beschlüsse, teilweise durch Volksabstimmungen sanktioniert, teilweise durch übergeordnetes Recht, teilweise durch den Grossen Gemeinderat erst kürzlich beschlossen, die diese Ausgaben vorschreiben. Deshalb kann eine Aufwandreduktion, wenn schon nicht sofort, sondern erst mit einer zeitlichen Verzögerung, erfolgen.

Was auch den Eindruck einer verunglückten Vorberatung verstärkt, ist das völlige Fehlen von Minderheitsanträgen. Hätte die Rechnungsprüfungskommission dies gemacht, dann hätte es nämlich den dritten Antrag der Fraktionen SP, Mitte/GLP, FW und Grünen nicht gebraucht. Und ich bin überzeugt, alle jene, die diesen Antrag schreiben mussten, wären dafür dankbar gewesen. Ich verstehe nicht, weshalb sich die Rechnungsprüfungskommission so konstant weigert, Transparenz zu schaffen, und Minderheitsanträge im Kommissionsantrag aufzuführen. Es ist doch Aufgabe einer Kommission, verschiedene Meinungen abzubilden. Aufgrund des Gesagten

können Sie sich vorstellen, dass die FDP-EVP-Fraktion dem Rechnungsprüfungskommissions-Antrag so nicht folgen wird. Wir akzeptieren, dass wir finanzpolitisch an der äussersten Grenze operieren und an der Schuldenobergrenze kratzen. Wir akzeptieren aber auch, dass die budgetierten Ausgaben grundsätzlich notwendig sind bzw. vom Grossen Gemeinderat so bestellt wurden. Wir sind uns bewusst, dass wir quasi auf dem höchsten Punkt der Investitionen sind. Wir attestieren dem Stadtrat deshalb auch, dass er bezüglich der Ausgabenseite nicht falsch budgetiert hat.

Wir wissen aber auch, dass ein Budget immer mit einer gewissen Unschärfe daherkommt. Die Stadt ist beim Budget bspw. verpflichtet, jeweils so zu budgetieren, dass 100% der Investitionen umgesetzt werden können, auch wenn wir wissen, dass das nie so sein wird. Auch wissen wir, dass unsere Einnahmeseite sehr volatil ist. Sie haben die überarbeitete Jahresprognose vom 24. November 2021 gesehen: Statt eines Überschusses von 1,4 Millionen Franken haben wir im laufenden Jahr einen Überschuss von 2,8 Millionen Franken. Wenn dies so bleibt, können wir feststellen, dass wir in den letzten Jahren – mit Ausnahme von 2020 – keine negativen Jahresabschlüsse hatten. Und es bestätigt sich der Eindruck, dass der Stadtrat Adliswil die Einnahmen einfach immer pessimistisch budgetiert. Gleichzeitig müssen wir uns bewusst sein, dass wir immer noch in einer wirtschaftlichen Krise sind. Die Arbeitslosigkeit ist immer noch signifikant höher als vor Corona und am Freitag entscheidet der Bundesrat über einen Teil-Lockdown. Ich führte in den letzten Tagen mehrere Gespräche mit Unternehmen. Es ist brutal, wie die Umsätze schon wieder zurückgehen. In diesem Umfeld einer wirtschaftlichen Krise die Steuern zu erhöhen, erachten wir schlicht als falsch und unsensibel. Im September, als der Stadtrat seinen Budgetantrag stellte, sah die wirtschaftliche Entwicklung noch positiver aus. Aber nun haben wir eine merkliche Abkühlung. Und, wie gesagt, wieder steht die Stilllegung ganzer Wirtschaftszweige zur Diskussion. In diesen unsicheren Zeiten die Steuern zu erhöhen, ist ein falsches Zeichen.

Zu diesen Unsicherheitsfaktoren kommt ein weiterer Aspekt dazu, der mich als Ökonom brennend interessiert, aber bei vielen von uns aus dem Gedächtnis verschwunden ist. Ich rede von der Inflation. Aufgrund diverser Gründe steigen die Preise und auch die Löhne werden nominal steigen. Damit haben wir es mit einer kalten Progression zu tun. Die Menschen schmerzt das, aber das Steueraufkommen erhöht sich. Der Stadtrat hat bei seinen Prognosen die anziehende Teuerung aber nicht berücksichtigt. Dazu kommt, dass wie ausgeführt, aufgrund der konstant eher zu pessimistisch eingeschätzten Steuererträgen, keine unmittelbare Notwendigkeit für eine Steuererhöhung für 2022 besteht. Für 2022 kommt deshalb für uns keine Steuererhöhung in Frage. Wir sind gerne bereit, im nächsten Jahr die Ausgabenseite wie von der Rechnungsprüfungskommission angeregt anzuschauen. Es hat da einige bedenkenswerte Punkte darunter. Aber wichtig ist dabei, dass wir Ursachen- und nicht Symptombekämpfung betreiben. Viele unserer Ausgaben und der Ausgaben-erhöhungen hängen mit dem Wachstum der Stadt zusammen – und offensichtlich wachsen die Steuereinnahmen nicht im gleichen Ausmass.

Deshalb wiederhole ich, was ich hier auch schon einmal gesagt habe: Wir brauchen eine Stadtentwicklung, an welcher wir uns nicht verschlucken. Wir brauchen eine Stadtentwicklung, die wir uns auch leisten können. Nur dann wird es uns gelingen, die Finanzen nachhaltig ins Lot zu bringen. Und zwar richtig und nicht einfach, indem wir sagen, wir erhöhen dauerhaft die Steuern.

Wie vorhin gesagt, sind wir uns bewusst, dass wir damit finanzpolitisch an der Grenze operieren. Bezüglich des mittelfristigen Ausgleiches sind wir weniger besorgt, weil dieser auf diversen volatilen Annahmen beruht. Hingegen sehen wir die Grenze der Schuldenbremse, die aber immerhin noch 6,8 Millionen Franken entfernt ist (S. 84 Finanz- und Aufgabenplan) und die 1,4 Millionen Franken Saldoverbesserung in diesem Jahr noch nicht berücksichtigt hat. Zur Einhaltung der Schuldenbremse sind die zwei Steuerfussprozente im 2022 also gar nicht notwendig.

Stadträtin Karin Fein hat beim Finanz- und Ausgabenplan gesagt, man müsse beim Überschreiten der Schuldenobergrenze alle Ausgaben hinterfragen. Was wohl als Angstmacherei gedacht war, geht aber ins Leere. Denn es ist gerade Sinn und Zweck einer Schuldenbremse, dass man Ausgaben hinterfragt. Zudem muss ich wieder betonen, was ich schon im April gesagt habe: Die Schuldenbremse sieht Ausnahmen vor und zwar genau für das! Wir haben bei der Konzeption der Schuldenbremse ausdrücklich an die Möglichkeit gedacht, dass es extreme Situationen geben kann, die ein Überschreiten notwendig machen. Das Überschreiten der Schuldenobergrenze bräuchte einfach einen ausdrücklichen Beschluss des Grossen Gemeinderats. Wir sehen dies mit dem derzeitigen Investitionspeak und der wirtschaftlichen Krise als gegeben an. Das ist genau so ein Fall.

Aus diesen Gründen werden wir bei den Ausgaben der Produktgruppen den Globalbudget-Anträgen des Stadtrats zustimmen, beim Steuerfuss aber gegen die Steuererhöhung stimmen.

Die FDP-EVP Fraktion setzt sich für eine sorgfältige Finanzpolitik ein, die aber die wirtschaftliche Situation nicht ausser Acht lässt.

An die Rechnungsprüfungskommission geht der Wunsch, dass sie schnellstmöglich Globalbudget-Motionen erarbeitet. Und wir freuen uns über die Unterstützung der Mitte-GLP Fraktion für Sparvorschläge.

Dazu aber noch eine abschliessende Bemerkung: Es wurde nun mehrfach argumentiert, man brauche einen Steuerfuss von 102%, um das derzeitige Leistungsniveau und all die bestellten Investitionen zu finanzieren. Das kann sein.

Aber: Es wurden in den letzten Jahren diverse Mehrausgaben verlangt:

- Ein GZ
- Unbegrenzte Betreuungsgutscheine
- Stadtsaal-Forderung
- Motion Tagesschule
- Ausbau der Buslinien (Motionen FW)

Diese Zusatzwünsche sind dann offenbar erst recht nicht finanziert, wenn die 102% nur knapp reichen, um überhaupt das Bestehende zu finanzieren. Wir bitten Sie deshalb, im nächsten Jahr transparent zu sein: Alle zukünftigen Wünsche sind nicht finanziert!

Stadträtin Karin Fein

Mario, ich muss Dir erneut widersprechen. Ich beginne mit der Wirtschaftskrise. So eine haben wir nicht. Alle Unternehmen in der Schweiz bekommen für die Jahre 2020, 2021 und sie werden es auch für das Jahr 2022 bekommen, nämlich im vollen

Umfang Kostendeckung für alle ungedeckten Fixkosten. Das kostet den Kanton Zürich momentan einige hundert Millionen Franken. Übrigens kann sich das der Kanton Zürich im Vergleich zu den Gemeinden leisten, weil er von der Nationalbank das Dreifache wie im Normalfall bekommt.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht signifikant höher, ich habe gerade jetzt dieses Thema studiert, die Arbeitslosigkeit bei uns ist immer noch sehr tief im Vergleich zum Ausland.

Wir haben in der Schweiz keine Kostensteigerungen, wie wir das im Ausland haben, also von Inflation zu sprechen ist einfach nicht korrekt. Das hängt damit zusammen, dass man zwar im europäischen Raum und in Amerika hohe Inflationsraten hat, aber aufgrund des starken Schweizer Frankens die Teuerung nicht wirklich so ankommt.

Wie ich Ihnen erklärt habe, ist einer der Gründe für die Erhöhung in dem Bereich, den wir mit der Sparübung eben nicht lösen können. Sie erreichen das Ziel nicht, wenn sie einfach nur einen Gewinn oder respektive einen Verlust, respektive einfach die Kosten herabsetzen. Es geht um Steuereinnahmen, welche auf dem Ziel sein müssen, welches wir budgetiert haben. Der Antrag der Rechnungsprüfungskommission sieht Kürzungen in Verschieden Aufgabenbereichen vor. Diese sind meines Wissens weder mit dem zuständigen Verwaltungsbereich noch mit den entsprechenden Ressort-Vorsteherinnen und –Vorstehern besprochen worden. Dort, wo die Kürzungsvorschläge nicht an den gebundenen Kosten scheitern, würden die Kürzungen, falls Sie die so beschliessen würden, zu Leistungs- oder Stellenabbau führen. Für gut überlegte und sinnvolle Sparübungen bin ich immer zu haben. Diese hier ist aber weder das Eine noch das Andere.

Dann möchte ich noch auf die Positionen zu sprechen kommen, die auch zur Diskussion gestanden sind. Bei der Verzinsung von 2,5% der Pensionskasse ist es so, dass wir, seit die Pensionskasse selbstständig geworden ist, immer sehr hohe Saldi im Kontokorrent gehabt haben, welche sie bei uns platziert hatten. Und zwar über Jahre zu einem Zinssatz von 4,5%, als Zinsen auf dem Kapitalmarkt wesentlich höher waren. Deshalb hat der Stadtrat beschlossen, in den letzten Jahren, als der Zinssatz unter dem Niveau lag, den wir festgelegt hatten, nicht von den 2,5% herunter zu gehen. Zudem haben wir beschlossen, dass der Kontokorrent-Saldo reduziert werden soll, mit der Zielgrösse 2,5 Millionen. Früher, als der Zinsgeber noch zugunsten von uns war, waren das jeweils annähernd 9 bis 10 Millionen Franken, wo die Stadt dann eben günstiges Geld hatte von der Pensionskasse. Wenn wir jetzt den Zinssatz der Pensionskasse auf null herabsetzen, wie es eben vorgeschlagen wurde, ist das ein gutes Beispiel, wie diese Sparvorschläge wirklich nicht fertig gedacht wurden. Es handelt sich da um ein Kontokorrent und was meinen Sie, was macht die PK, wenn wir nun sagen, wir verzinsen nicht mehr mit 2,5, sondern mit 0%? Sie werden die 2,5 Millionen Franken zurückverlangen und diese anderweitig investieren.

Zu den Prognosen ist zu sagen, dass wir selbstverständlich gerne richtige und konsistente Prognosen liefern würden. Wir haben das zugesichert und bemühen uns auch, aber wir können schlicht und einfach nichts dafür, wenn wir bei der grössten Position 18 Monate auf die Steuerauscheidungen der Stadt Zürich warten und dann im November gesagt wird, ja nein, das können wir nicht mehr machen. Es ist uns aufgrund eines persönlichen Gesprächs meinerseits mit dem zuständigen Ressortvorsteher der Stadt Zürich gelungen, das trotzdem noch in dieses Jahr hineinzubringen, indem wir es auch budgetiert hatten. Ansonsten hätte uns das das nächste

Budget komplett durcheinandergebracht. Die Verwerfungen hatten wir in den letzten Jahren immer mal wieder. Aber die werden, wie wir wissen, irgendwann vorbei sein, leider, denn sie haben auch für satte und schöne, ausserordentliche Boni aus der Stadtkasse gesorgt. Das ist einer der Gründe, warum wir darauf angewiesen sind, eine Steuerhöhung anzusetzen, denn wir brauchen auch in Zukunft positive Abschlüsse, um Schulden abbauen zu können.

Ich möchte auch noch etwas sagen zur Höhe des Fremdkapitals. Es wurde gesagt, wir hätten sehr hohes Eigenkapital und dann sei es doch kein Problem, Fremdkapital aufzunehmen. Das betrifft auch den Antrag, die Schuldenobergrenze gleich nächstes Jahr vielleicht wieder zu verwerfen. Die Banken und unsere Kapitalgeber teilen uns jeweils halbjährlich mit, wie viele Schulden wir maximal machen könnten. Letztes Mal, als wir Geld aufnehmen wollten, bekamen wir bereits nur noch von drei Instituten eine Offerte. Das heisst für uns, wir werden in absehbarer Zeit Mühe haben, überhaupt Fremdkapital aufnehmen zu können, wenn unsere Investitionen steigen werden bis etwa zu unserer Schuldenobergrenze.

Detailberatung

Ratspräsident Simon Schanz

Wir kommen zur **Detailberatung** und gehen die einzelnen Globalbudgets, die ja auch den Beschlussdispositiv-Ziffern entsprechen, einzeln durch.

Das Budget 2022 der Stadt Adliswil wird wie folgt festgesetzt:

Ziffer 1 Für die Produktgruppe A Behörden und politische Rechte (Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Schulpflege, Baukommission, Sozialkommission, Friedensrichteramt, Abstimmungen und Wahlen) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von CHF 2'070'000 bewilligt.

Das sind die Seiten 25 bis 41 im Budgetbuch 2022.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 2'129'489 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 23 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 2'129'489 Franken der Produktgruppe A ist beschlossen.**

Ziffer 2 Für die Produktgruppe B Kultur und Bibliothek wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 943'680 Franken bewilligt. Seiten 43 bis 48.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 953'680 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 25 zu 9 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 953'680 Franken der Produktgruppe B ist beschlossen.**

Die Abstimmung zur Ziffer 2 wurde auf Wortmeldung von Gemeinderat Esen Yilmaz wiederholt und die Stimmenzahl angepasst.

Ziffer 3 Für die Produktgruppe C Einwohnerkontakte (Einwohnerwesen, Zivilstands-wesen, Bestattungswesen, Einbürgerungen, Stadtammann- und Betreibungsamt) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 1'530'000 Franken bewilligt. Seiten 49 bis 60.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 1'552'669 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 25 zu 9 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 1'552'669 Franken der Produktgruppe C ist beschlossen.**

Ziffer 4 Für die Produktgruppe D Finanzen (Dienstleistungen für Dritte, Tresorerie, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, Liegenschaften Finanzvermögen) wird ein Globalbudget mit einem Nettoertrag von 3'050'000 Franken bewilligt. Seiten 61 bis 73.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 2'954'605 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 25 zu 9 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 2'954'605 Franken der Produktgruppe D ist beschlossen.**

Ziffer 5 Für die Produktgruppe E Steuern (ordentliche Steuern, Quellensteuern, Grundsteuern, Steuerausscheidungen, Nach- und Strafsteuern) wird ein Globalbudget mit einem Nettoertrag 85'318'547 Franken bewilligt. Seiten 75 bis 80.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 85'268'547 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 24 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 85'268'547 Franken der Produktgruppe E ist beschlossen.**

Ziffer 6 Für die Produktgruppe F Raumplanung (Bau, Planung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand 1'050'000 Franken bewilligt. Seiten 81 bis 88.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 1'072'399 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 24 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 1'072'399 Franken der Produktgruppe F ist beschlossen.**

Ziffer 7 Für die Produktgruppe G Verkehr (öffentlicher Verkehr, Verkehrsnetz) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand 6'360'000 Franken bewilligt. Seiten 89 bis 96.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 6'441'984 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 25 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 6'441'984 Franken der Produktgruppe G ist beschlossen.**

Ziffer 8 Für die Produktgruppe H Ver- und Entsorgung (Wasser, Energie, Stadtentwässerung, Abfall) wird ein Globalbudget mit einem Nettoertrag von 5'120'797 Franken bewilligt. Seiten 97 bis 107.

Keine Wortmeldungen, so beschlossen.

Ziffer 9 Für die Produktgruppe I Landschaft (Wald/Bäche/Wiesen, Grünraum im Siedlungsgebiet, Landwirtschaft) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 1'690'000 Franken bewilligt. Seiten 109 bis 118.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 1'710'979 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 24 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 1'710'979 Franken der Produktegruppe I ist beschlossen.**

Ziffer 10 Für die Produktegruppe J Sicherheit und Gesundheit (Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Ziviles Gemeindeführungsorgan, Gesundheitsschutz und -versorgung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand 4'200'000 Franken bewilligt. Seiten 119 bis 134.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 4'253'166 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 24 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 4'253'166 Franken der Produktegruppe J ist beschlossen.**

Ziffer 11 Für die Produktegruppe K Sport, Sportanlagen (Hallen- und Freibad, Sportanlage Tüfi, übrige Sportanlagen, Schiesswesen, Sportunterstützung und Gesundheitsprävention) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand 4'085'000 Franken bewilligt. Seiten 135 bis 149.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 4'138'911 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 23 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 4'138'911 Franken der Produktegruppe K ist beschlossen.**

Ziffer 12 Für die Produktegruppe L Soziale Sicherung (AHV-/IV-Zusatzleistungen, Beiträge zur sozialen Sicherung, Krankenversicherungsschutz, Persönliche und wirtschaftliche Hilfe, Pflegefinanzierung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand 20'800'000 Franken bewilligt. Seiten 151 bis 163.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 20'943'975 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 26 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 20'943'975 Franken der Produktegruppe L ist beschlossen.**

Ziffer 13 Für die Produktgruppe M Soziale Dienstleistungen und Beratung (Altersfragen, Beiträge Soziale Dienstleistungen, Jugend, Freiwilligenarbeit, Integration, Kinderbetreuung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand 1'990'000 Franken bewilligt. Seiten 165 bis 182.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 2'022'136 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 27 zu 7 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 2'022'136 Franken der Produktgruppe M ist beschlossen.**

Ziffer 14 Für die Produktgruppe N Volksschule (Kindergarten/Primarschule, Sekundarschule) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand 37'900'000 Franken bewilligt. Seiten 183 bis 192.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 38'092'637 Franken.

Stadtrat Markus Bürgi

Da das Ressort Bildung ja rund die Hälfte des städtischen Budgets beansprucht, erlauben Sie mir bitte dazu eine kurze Einordnung vorzunehmen.

Wie ich schon verschiedentlich dargelegt habe, wird ein ganz grosser Teil unseres Bildungsbudgets exogen gegeben. Im Budget 2022 sind das über Dreiviertel aller Kosten. Dazu zählen beispielsweise die Salärkosten, welche allergrösstenteils vom Kanton definiert werden, die Kosten für unsere Schulhäuser, die Kosten für sonderpädagogische Massnahmen, Dienstleistungen der Schulpsychologie und Lehrmaterialien und so weiter. Alles Kosten, welche wir aufgrund übergeordnetem Recht leisten müssen.

Hier noch nicht eingerechnet sind Ausgaben, welche wir zwar rein formal nicht verpflichtend tätigen müssen, die aber für den Betrieb der Schulen gemäss Volksschulgesetzgebung unabdingbar sind. Das sind beispielsweise Bürogeräte an den Schulen, Verbrauchsmaterialien, natürlich auch die IT-Ausstattung für die Schülerinnen und Schüler, Porto für Elternbriefe und so weiter. Ebenfalls in dieser Kategorie zu verorten sind beispielsweise die Weiterbildungskosten für das Personal, welche unsere Attraktivität als Arbeitgeber sowie natürlich die Qualität des Unterrichts stärken. Und ich denke, es nicht weiter überraschend, dass weit vor allem anderen gut qualifiziertes Lehrpersonal zu guten Schulen führt. Und dieses ist bekanntlich zurzeit ein sehr knappes Gut, umso attraktiver müssen wir als Arbeitgeber sein.

Natürlich gibt es aber auch Bereiche, in denen wir die Leistungen bzw. Kosten tatsächlich steuern können. In wirklich signifikantem Mass ist das in folgenden drei Bereichen möglich. Ich möchte aber in keiner Weise ausdrücken, dass das – alleine schon aus purer, ökonomischer Sicht – sinnvoll wäre. Das müsste sorgfältig diskutiert werden und dazu stehe ich Ihnen sehr gerne jederzeit zur Verfügung.

Doch zurück zu den drei Bereichen:

- Den Subventionierungsgrad der Betreuungsleistungen beziehungsweise deren Preise können wir unabhängig auf kommunaler Ebene bestimmen. Der Subventionierungsgrad beträgt heute rund 35%. Aktuell generiert dies Nettokosten von rund 1,8 Millionen Franken jährlich.
- Klassenlager und Schulreisen müssen nicht zwingend durchgeführt werden. Insgesamt verursachen sie aktuell jährliche Kosten von rund 500'000 Franken.
- Zu guter Letzt könnten wir noch – lassen Sie mich das mal so bezeichnen – die “Leistungen zur Verhinderung von sonderpädagogischen Massnahmen” steuern. Wie Sie sicherlich wissen, sind sonderpädagogische Massnahmen, dazu gehören auch Sonderschulungen, äusserst kostenintensiv – für eine einzelne Schülerin oder einen einzelnen Schüler kann das jährlich über 100'000 Franken kosten. Darum und gegeben, dass wir einen der höchsten Sozialindex-Werte im ganzen Kanton haben, versuchen wir möglichst viele dieser Fälle bereits bei uns aufzufangen. Das passiert beispielsweise durch die Schulsozialarbeit, Time-Out-Angebote wie unseren Boxenstopp auf Sekundarschulstufe sowie natürlich den Einsatz von Klassenassistenten. Über alle Adliswiler Schulen verteilt entstehen dadurch im Budget 2022 jährliche Kosten von rund 470'000 Franken.

Ein ganz grosser Teil unserer Bildungsausgaben hängt also direkt von der Anzahl Adliswiler Schülerinnen und Schüler sowie zu einem gewissen Grad von der Sozialstruktur ab. Beides wird durch die allgemeine Stadtentwicklung bestimmt – das wurde ja auch bereits in der Eintretensdebatte thematisiert.

Abschliessend möchte ich zudem nochmals hervorheben, was ich der Rechnungsprüfungskommission bereits im Mai präsentiert habe: Die Kosten pro Schülerin und Schüler sind in den letzten Jahren konstant geblieben und liegen im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton Zürich trotz herausforderndem Umfeld in einem gesunden Mittelfeld. Das zeigt, dass wir tagtäglich bestrebt sind, die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient sowie in nachhaltiger Weise einzusetzen und auf Ausgaben, welche nicht direkt der Volksschulqualität dienen, zu verzichten.

Ratspräsident Simon Schanz

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber. Ein Gemeinderat hat den Saal vor der Abstimmung verlassen, deshalb sind es im Moment 33 Personen.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 25 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 38'092'637 Franken der Produktgruppe N ist beschlossen.**

Ziffer 15 Für die Produktgruppe O Spezielle Förderungen (Externe Sonderschulung, Therapie und Abklärung, Beratungen und Förderung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand 5'970'000 Franken bewilligt. Seiten 193 bis 202.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 6'046'594 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 25 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 6'046'594 Franken der Produktgruppe O ist beschlossen.**

Ziffer 16 Für die Produktgruppe P Schulergänzende Leistungen (Schulergänzende Betreuung, Musikschule) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 2'590'000 Franken bewilligt. Seiten 203 bis 211.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen einen Nettoaufwand von 2'633'531 Franken.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 25 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. **Der Nettoaufwand von 2'633'531 Franken der Produktgruppe P ist beschlossen.**

Ziffer 17 Die Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens mit Ausgaben von 36'469'000 Franken und Einnahmen von 9'823'000 Franken mit einer Nettoinvestition von 26'646'000 Franken wird bewilligt.

Keine Wortmeldungen, so beschlossen.

Ziffer 18 Die Investitionsrechnung des Finanzvermögens mit Ausgaben von 285'000 Franken und Einnahmen von 604'000 Franken mit einer Nettoeinnahme von 319'000 Franken wird bewilligt.

Keine Wortmeldungen, so beschlossen.

Ziffer 19 Die Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von 3 Mio. Franken wird bewilligt.

Keine Wortmeldungen, so beschlossen.

Ziffer 20 Der Steuerfuss der Stadt Adliswil wird auf 100% des einfachen Gemeindesteuerertrags festgesetzt.

Hier liegt ein Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion vor. Sie beantragen den Steuerfuss auf 102% des einfachen Gemeindesteuerertrags festzusetzen.

Mario Senn (FDP)

Ich möchte auf das letzte Votum von Frau Stadträtin Fein Bezug nehmen, es gäbe in der Schweiz keine Wirtschaftskrise. Wenn man mit einem Unternehmer spricht, tönt das anderes. Daniel Frei sagte, man hätte in einer Phase sparen können als wir

im Home-Office waren. Das stimmt selbstverständlich, es heisst aber auf der anderen Seite, das Geld, das man nicht ausgeben konnte, also gespart hat, das fehlt logischerweise den Unternehmen. In dem Zusammenhang ist es wichtig zu sehen, die Unternehmen werden nicht 100% schadlos gehalten, was auch richtig ist, nur heisst das, es herrscht nicht Friede, Freude, Eierkuchen. Die Arbeitslosenquote ist um 0,2 Prozentpunkte höher als im November 2019. Das sind rund 8,7% mehr als vor der Krise, das ist für mich signifikant höher. Wir hätten keine Inflation, aber, wenn man das Auto auftankt, stellt man schon fest, dass die Preise steigen. Wir haben Lieferengpässe, zum Beispiel, wenn Sie versuchen, einen Laptop zu kaufen, haben Sie ein Problem, also finde ich die Aussage, es bestände keine Inflationsgefahr, sehr, sehr quer. Auch ist zu sagen, dass die Voranmeldungen für Kurzarbeit weiter ansteigen. Es ist auch nicht überraschend, dass das Bundesparlament diese Woche weitere ausserordentliche Massnahmen beschliessen will. Sie seien als Krisenbewältigung gedacht. Für uns ist die Krise entscheidend, um der Steuererhöhung zuzustimmen oder nicht.

Stadträtin Karin Fein

Ich arbeite bei einem Kanton, wo ich genau sehen kann, wohin die Gelder fliessen und ich kann bestätigen, dass die allermeisten Firmen mehr bekommen, als sie brauchen, um ihre Verluste zu decken. Wir haben eine Krise, aber es ist nicht wirklich eine Wirtschaftskrise. Krise ist die, dass die Leute nicht arbeiten können, dass sie keine Arbeit haben beispielsweise, aber wir werden heute für alles und jedes entschädigt, wenn man sich an die richtigen Stellen wendet.

Marianne Oswald (GP)

Ich möchte doch nochmals daran erinnern, dass die Steuern Einkommensabhängig sind. Wenn ich sehr wenig Einkommen habe, dann zahle ich auch viel weniger Steuern. Wenn es eine derartige Krise ist und der Umsatz derart zusammengebrochen ist, dann machen die 2% mehr Steuern nicht allzu viel aus. Jetzt haben wir ganz viele Ausgaben beschlossen und zu diesen Ausgaben müssen doch jetzt auch die Einnahmen im Gleichgewicht sein, das ist doch schlussendlich eine Milchbüchlein-Rechnung. Wie soll das denn aufgehen, wenn ich ein Haus bauen will und dann damit rechne, dass die Handwerker schon ein bisschen weniger kosten werden, oder dass ich irgendwoher einen Bonus bekommen werde und am Schluss, wenn dann das doch nicht so ist, muss ich mich verschulden?

Urs Weyermann (SVP)

Wir als Unternehmer könnten schon Geld bekommen, aber das Geld ist geliehen, das muss zurückgegeben werden. Und ich kann nur von meiner Sparte sprechen, aber ich kann sagen, ich habe innerhalb von 10 Tagen drei Duzend Absagen von Aufträgen bekommen. Das ist nicht zu unterschätzen, alles fährt herunter. Da muss man schon sagen, dass das eine Krise ist. Ich sage es auch nicht gern, aber meine Leute möchten natürlich mehr Lohn, weil sie mehr Steuern bezahlen müssen, aber ich kann ihnen nicht mehr bezahlen unter diesen Umständen. Wir als Privatunternehmer müssen auch schauen, wo wir irgendetwas sparen können. Und das beisst sich mit einer Steuererhöhung.

Ratspräsident Simon Schanz

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 19 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt und den Steuerfuss bei 102 % beschlossen.

Ziffer 21 Der budgetierte Aufwandüberschuss wird dem Bilanzüberschuss entnommen.

Der Antrag der SP, der GP, der FW, der Mitte- und der GLP-Fraktion lautet: Der budgetierte Aufwandüberschuss von 670'000 Franken wird dem Bilanzüberschuss entnommen.

Das Wort im Rat wird nicht verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung und stellen den Kommissionsantrag dem Antrag der vier Fraktionen gegenüber.

Damit haben Sie dem Antrag der vier Fraktionen mit 24 zu 10 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt. **Der budgetierte Aufwandüberschuss von 670'000 Franken wird dem Bilanzüberschuss entnommen.**

Ziffer 22 Dieser Beschluss ist vom Referendum ausgeschlossen.
Keine Wortmeldungen, so beschlossen.

Ziffer 23 Veröffentlichung von Dispositivziffer 1 - 22 im amtlichen Publikationsorgan.
Keine Wortmeldungen, so beschlossen.

Ziffer 24 Mitteilung von Dispositivziffer 1 - 22 an den Stadtrat.
Keine Wortmeldungen, so beschlossen.

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Rat stimmt dem Budget 2022 mit 25 Stimmen zu 9 Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Das Budget 2022 ist mit einem Gemeindesteuerfuss von 102% festgesetzt.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsident Simon Schanz

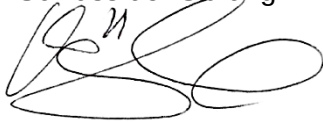
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Bald ist Weihnachten. Ich möchte mich bei Euch ganz herzlich für Euer Engagement in diesem Jahr bedanken. Im 2021 ist viel passiert, aber vieles war dann doch nicht möglich. Und es braucht von jedem von uns Geduld, Mitgefühl, Verständnis, Solidarität und das persönliche Gespräch.

Weihnachten ist auch am Ende des Jahres und es weckt Hoffnungen fürs neue Jahr. Und in diesem Zusammenhang möchte ich allen Adliswilerinnen und Adliswiler für die gegenseitige Unterstützung in der nicht einfachen Zeit danken. Weihnachten weckt auch Wünsche und meinen Wunsch an uns alle, lasst uns gemeinsam aus dieser Pandemie gehen, wir werden die Pandemie nur gemeinsam bewältigen und nicht gespalten. Stehen wir zusammen und machen das Beste aus dieser besonderen Zeit. Ich wünsche Euch allen schöne und erholsame Festtage in den Kreisen eurer Liebsten. Geniesst die Zeit mit Familie und Freunden und bleibt gesund.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'MKW', written over a horizontal line.

Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin